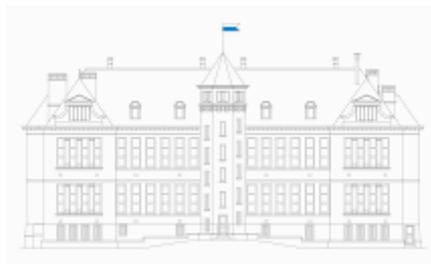


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Inhaltsverzeichnis

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	6
EP-Plenum 18.-21.11.2013 in Straßburg: Wesentliche Ergebnisse	6
<i>Daul</i> kündigt Verzicht auf erneute EP-Kandidatur an	7
Schottische Regierung informiert über Referendum zur Unabhängigkeit 2014	7
EU-China-Gipfel: 10 Jahre Strategische Partnerschaft - Verhandlungsbeginn über Investitionsschutzabkommen	7
EU bereitet Lockerungen einiger Iran-Sanktionen vor – <i>Ashtons</i> Vermittlerrolle gewürdigt	8
Österreicher wird neuer Generalsekretär des AdR	8
Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr	8
Datenschutz.....	8
Kommission schlägt Massnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens in transatlantische Datenströme vor	8
Innere Sicherheit.....	9
Kommission legt Berichte über die Evaluierung der TFTP- und PNR-Abkommen zwischen der EU und den USA vor	9
Kommission: EU-eigenes TFTP-System derzeit nicht notwendig.....	9
Kommission veröffentlicht Ergebnis einer Eurobarometerumfrage über die Sicherheit im Internet.....	10
Asyl und Migration	10
EuGH präzisiert Verfahren zur Ermittlung des nach der Dublin-II-Verordnung für den Asylantrag zuständigen Mitgliedstaats	10
Verkehr	11
EP verabschiedet Verordnungen zur „Connecting Europe“-Fazilität und über transeuropäische Verkehrsnetze; Trilogieeinigung zur Verordnung über transeuropäische Telekommunikationsnetze.....	11
TRAN-Ausschuss nimmt Bericht zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe an.....	11
Staatsministerium der Justiz.....	12
Kommission legt viertes Paket zur Stärkung der Rechten der Beschuldigten und Verdächtigen im Strafverfahren vor	12
Kommission hält am Vorschlag für die Europäische Staatsanwaltschaft fest.....	12
Kommission schlägt Überarbeitung der Verordnung für Bagatellforderungen vor.....	13
EP-Plenum stimmt für Frauenquote	13
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	14
Wesentliche Ergebnisse der Sondersitzung der Eurogruppe vom 22.11.2013.....	14
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des ECOFIN-Rates vom 15.11.2013.....	14
EP erteilt Zustimmung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020.....	14



Rat und EP nehmen EU-Haushalt 2014 und Berichtigungshaushalte 8 und 9 an	15
Finanzbericht 2012 – Deutschland wieder grösster Nettozahler (in absoluten Zahlen).....	15
EuGH bestätigt Rechtmässigkeit der Ablehnung der automatischen Bezügeerhöhung für EU-Beamte im Jahr 2011	16
EP legt Position zur Verordnung über Basisinformationsblätter für Anlageprodukte fest	16
EP unterstützt Verschiebung des Umsetzungs- und Anwendungsdatums von Solvency II	17
Kommissionsvorschlag zur Änderung der sog. „Mutter-Tochter-Richtlinie“	17
Konsultation zu den Europäischen Rechnungsführungsgrundsätzen für den öffentlichen Sektor (EPSAS)	17
Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.....	18
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie	18
EP erteilt Zustimmung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020.....	18
EP-Plenum verabschiedet Rechtsgrundlagen der Kohäsionspolitik 2014 - 2020	19
EP verabschiedet das Programm COSME - Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU 2014 - 2020	19
EP verabschiedet Verordnungen zur „Connecting Europe“-Fazilität und über transeuropäische Verkehrsnetze; Trilogieinigung zur Verordnung über transeuropäische Telekommunikationsnetze	19
Trilogieinigung zu den CO ₂ -Grenzwerten für PKW – Billigung durch Rat und EP steht aus	20
Trilogieinigung zur Verordnung über Fahrzeuglärm.....	20
Ratsschlussfolgerungen zur europäischen Verteidigungsindustrie	21
EP nimmt Stellung zur europäischen Verteidigungsindustrie.....	21
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des ECOFIN-Rates vom 15.11.2013.....	21
EP legt Position zur Verordnung über Basisinformationsblätter für Anlageprodukte fest	22
EP unterstützt Verschiebung des Umsetzungs- und Anwendungsdatums von Solvency II	22
Entschließung des EP zur Förderung von Unternehmertum in Europa	22
Konsultation zur Evaluierung staatlicher Beihilfen	23
Außenwirtschaft.....	23
EU und China geben Startschuss für Verhandlungen über gemeinsames Investitionsabkommen.....	23
Kommission verhängt vorläufige Schutzzölle im Antidumpingverfahren gegen China auf Importe von Solarglas	23
WTO setzt Streitbeilegungspanel zu russischer Recycling-Gebühr auf ausländische Autos ein	24
EP fordert Erfolge bei der neunten WTO-Ministerkonferenz vom 03. - 06.12.2013 auf Bali	24
EP stimmt Überarbeitung des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) zu	24
Medien	25
EP verabschiedet EU-Förderprogramm „Kreatives Europa“ 2014 - 2020.....	25
Technologie und Innovation	25
EP billigt 8. Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“	25



EP verabschiedet Programm für die europäischen Satellitennavigationssysteme (GALILEO und EGNOS)	26
EU-Anzeiger für F&E-Investitionen der Industrie 2012	26
Sonstiges	26
EP spricht sich für Frauenquote in Aufsichtsräten aus	26
Kommission erhebt Klage gegen Deutschland wegen unterlassener Beihilfenrückforderung von der Deutschen Post AG	27
EuGH bejaht Bindung nationaler Gerichte bei der Beurteilung, ob eine Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs.1 AEUV vorliegt, an bloße Kommissionsentscheidung zur Eröffnung des Hautprüfverfahrens	27
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	28
EP-Plenum nimmt GAP-Reform und Übergangsregelungen für 2014 endgültig an	28
EP-Plenum stimmt Mehrjährigem Finanzrahmen 2014 - 2020 zu	28
Rat bestätigt Kürzung der Direktzahlungen 2013 um 2,45 %	29
Rat und EP verabschieden EU-Haushalt 2014 und Berichtigungshaushalt für Fluthilfen	29
EP-Plenum billigt Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“: 3,85 Mrd. € für Agrarforschung reserviert	30
Kommission legt Legislativvorschlag zur Absatzförderung für Agrarerzeugnisse vor	30
EuRH-Sonderbericht zu Artikel-68-Maßnahmen	31
EuRH-Bericht über effizienten Einsatz der ELER-Mittel	31
GVO: Kommission schlägt dem Rat die Zulassung der GV-Maissorte 1507 vor – keine Aussprache zu GV-Anbauverboten auf dem Umwelt-Rat im Dezember	31
GVO: EFSA verwirft österreichische Argumente zur Verlängerung des nationalen Verbots der GV-Maissorte MON 863	32
Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	32
EP-Plenumswoche in Straßburg vom 19. - 21.11.2013	32
Jugendministerrat am 25.11.2013	34
Kommissionsmitteilung zu den Auswirkungen der Freizügigkeit auf die Systeme der sozialen Sicherheit der Mitgliedstaaten	34
Richtlinienvorschlag der Kommission zur Verbesserung der Arbeitnehmerrechte von Seeleuten	35
EuGH präzisiert Verfahren zur Ermittlung des nach der Dublin-II-Verordnung für den Asylantrag zuständigen Mitgliedstaats	35
Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen ruft Kommission auf den Plan gegen weibliche Genitalverstümmelung	36
Dritter Jahreskongress der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung	36
Kommission veröffentlicht Eurobarometer-Umfrage zu Praktika in der EU	37
Ausgaben für Sozialschutz im Jahr 2011 in der EU bei 29,1 % des BIP	37
Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst	37
Ergebnisse des EU-Bildungsministerrats am 25.11.2013 in Brüssel	37



Ergebnisse des EU-Kulturministerrats am 26.11.2013	38
Bildungsbezogene Ergebnisse des EU-Jugendministerrats am 25.11.2013	38
EP billigt Förderprogramme für Bildung, Jugend und Sport („Erasmus+“), Forschung („Horizont 2020“) und Kultur („Kreatives Europa“)	39
<i>Xavier Prats-Monné</i> wird neuer Generaldirektor der Generaldirektion Bildung und Kultur der Kommission	39
Kommission startet Bewerbungsprozess für Gutachtertätigkeiten in der EU-Forschungspolitik	39
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	40
EP-Plenum vom 18. - 21.11.2013 in Straßburg – Ergebnisse aus dem Bereich des StMUV	40
Kommission schlägt 10.05.2014 als Europäischen Müllsammeltag vor	40
GVO: Kommission schlägt dem Rat die Zulassung der GV-Maissorte 1507 vor – keine Aussprache zu GV-Anbauverboten auf dem Umwelt-Rat im Dezember	41
GVO: EFSA verwirft österreichische Argumente zur Verlängerung des nationalen Verbots der GV-Maissorte MON 863	41
Kommission schlägt Überarbeitung der Verordnung für Bagatellforderungen vor	41
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	42
Gesundheitswesen	42
Weltdiabetestag: Kommission unterstützt Kampf gegen Diabetes	42
Einigung über neues Gesundheitsprogramm 2014 - 2020 erzielt	42
eHealth: Leitlinien zum Austausch von Patientendaten	42
Rundfunkpolitik	43
Rat für audiovisuelle Medien beschließt Schlussfolgerungen über Freiheit und Pluralität der Medien im digitalen Zeitalter	43
Europarat: Medienminister fordern wirksamen Schutz der Meinungsfreiheit und Demokratie im digitalen Zeitalter	43
EP-Plenum nimmt Programm Kreatives Europa an	44
EP: JURI-Ausschuss stimmt Richtlinie über kollektive Rechtswahrnehmung zu	44
EP: CULT-Ausschuss positioniert sich gegen Entwurf zur Errichtung eines einheitlichen europäischen Marktes für Telekommunikation	44
Europäischer Datenschutzbeauftragter sieht die Freiheit des Internets bedroht	45
Weltfernsehtag: TV weiterhin wichtigstes Medium in der digitalen Welt	45



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

EP-PLENUM 18.-21.11.2013 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Im Mittelpunkt der Plenarwoche stand die förmliche Zustimmung des Europäischen Parlaments (EP) zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 - 2020 und zu den darauf aufbauenden, mehrjährigen Förderprogrammen im Zeitraum 2014 - 2020 (u.a. Kohäsionspolitik, Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, Connecting Europe (Finanzierung der Transeuropäischen Netze) und 8. Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“). Außerdem stimmte das EP dem EU-Haushalt 2014 und den Berichtigungshaushalten Nr. 8 und Nr. 9 für 2013 förmlich zu.

Daneben nahm das Plenum seine Standpunkte in erster Lesung zur „Frauenquote“ bei Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und zur Verordnung über Basisinformationsblätter für Anlageprodukte an, stimmte der Verlängerung der Umsetzungsfrist zur Richtlinie Solvabilität II und der Überarbeitung des internationalen Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen zu und verabschiedete Entschlüsse zur verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis Europas und zur sozialen Dimension der WWU(s. Beiträge der zuständigen Ressorts in diesem EB).

Von den weiteren Ereignissen, für die kein Fachressort federführend zuständig ist, sind zu nennen:

In einer EntschlieÙung spricht sich das EP dafür aus, künftig seinen Sitz selbst bestimmen zu dürfen. Dazu will das EP eine Initiative für eine Vertragsänderung, wonach künftig nicht mehr die Mitgliedstaaten einstimmig über den Sitz des EP entscheiden, sondern das EP selbst dieses Recht bekommt.

Bei der Verleihung des diesjährigen Sacharow-Preises für Menschenrechte an die 16-jährige pakistanische Frauenrechtlerin *Malala Yousafzai*, die 2012 einen Taliban-Anschlag wegen ihres Einsatzes für den Schulbesuch von Mädchen überlebt hatte, würdigte EP-Präsident *Schulz Yousafzais* außergewöhnlichen Einsatz für das Recht auf Bildung. *Yousafzai* widmete den Preis all jenen, die sich in Pakistan und weltweit für Menschenrechte einsetzten. Weltweit dürften noch immer 57 Millionen Menschen nicht zur Schule gehen.

In einer ausführlichen EntschlieÙung im Vorfeld der beim Europäischen Rat (ER) am 19./20.12.2013 geplanten Debatte zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik weist das EP auf geopolitische Veränderungen hin und fordert eine Stärkung der Rolle Europas in der Welt. Die Mitgliedstaaten müssten den politischen Willen aufbringen, aus der EU einen unabhängigen, globalen Akteur zu machen.

Die Beschlüsse der Plenarwoche finden sich unter:

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>



DAUL KÜNDIGT VERZICHT AUF ERNEUTE EP-KANDIDATUR AN

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, *Joseph Daul*, hat am 20.11.2013 entgegen früherer Erwartungen angekündigt, bei der Europawahl im Mai 2014 nicht wieder zu kandidieren. Er wolle sich auf seine Rolle als Präsident der EVP-Parteienfamilie, wozu er am 12.11.2013 gewählt wurde (EB 19/13), konzentrieren.

SCHOTTISCHE REGIERUNG INFORMIERT ÜBER REFERENDUM ZUR UNABHÄNGIGKEIT 2014

In Schottland findet am 18.09.2014 ein Referendum über eine staatlichen Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich statt. Dazu hat die schottische Regierung eine Informationskampagne („Scotland's Future -Your Guide to an Independent Scotland“) gestartet. Die schottische Regierung geht offenbar davon aus, dass Schottland nach einer etwaigen Unabhängigkeit als neuer Mitgliedstaat in die EU aufgenommen wird. Die Kommission hat mit Blick auf Unabhängigkeitsbestrebungen in Regionen wiederholt erklärt, dass Regionen, die sich von Mitgliedstaaten der EU für unabhängig erklären, nicht automatisch EU-Mitglieder bleiben. Ein Beitrittsantrag steht solchen neuen Staaten nach Art. 49 EU-Vertrag dagegen offen.

www.scotland.gov.uk/Publications/2013/11/5894/downloads

EU-CHINA-GIPFEL: 10 JAHRE STRATEGISCHE PARTNERSCHAFT - VERHANDLUNGSBEGINN ÜBER INVESTITIONSSCHUTZABKOMMEN

Am 21.11.2013 fand in Peking der 16. EU-China-Gipfel statt. Dabei trafen ER-Präsident *Herman Van Rompuy* und Kommissionspräsident *Barroso* erstmals mit der neuen chinesischen Führung unter Präsident *Xi Jinping* und Ministerpräsident *Li Keqiang* zusammen. Die EU und China blickten dabei auch auf zehn Jahre Strategische Partnerschaft zurück und legten strategische Ziele für die kommenden zehn Jahre fest. Im Rahmen des Gipfels wurden verschiedene bilaterale Abkommen geschlossen. Mit den Verhandlungen zu einem Investitionsschutzabkommen wurde begonnen, ein wichtiger Aspekt aus Sicht der EU ist dabei ein besserer Marktzugang für europäische Unternehmen in China.

Hintergrundinformationen des Europäischen Auswärtigen Dienstes:

http://eeas.europa.eu/statements/docs/2013/131123_01_en.pdf

Pressestatement Präsident Van Rompuy:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/139661.pdf

Pressestatement Präsident Barroso:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-959_en.htm



EU BEREITET LOCKERUNGEN EINIGER IRAN-SANKTIONEN VOR – ASHTONS VERMITTLERROLLE GEWÜRDIGT

Am 24.11.2013 einigten sich in Genf die fünf ständigen Mitgliedern im VN-Sicherheitsrat (USA, China, Russland, Frankreich, Vereinigtes Königreich) und Deutschland mit dem Iran nach jahrelangen Verhandlungen auf ein Interimsabkommen über das iranische Atomprogramm. Inzwischen bereitet die EU die Lockerung einiger der gegen den Iran verhängten Sanktionen vor. Die Hohe Beauftragte der Union für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, *Catherine Ashton*, die als Verhandlungsführerin der sechs Staaten gegenüber dem Iran agiert hatte, kündigte für Dezember entsprechende Vorschläge an, die vom Rat angenommen werden müssen. Zu den geltenden Sanktionen gehört u. a. ein Ein- und Ausfuhrverbot für Waffen sowie ein Öl- und Gasembargo. *Ashton* bekam viel Lob für ihre Rolle bei den Verhandlungen.

ÖSTERREICHER WIRD NEUER GENERALSEKRETÄR DES ADR

Am 31.03.2014 endet die zehnjährige Amtszeit des Generalsekretärs des Ausschusses der Regionen (AdR), *Gerhard Stahl*. Das AdR-Präsidium hat am 27.11. 2013 auf Vorschlag von AdR-Präsident *Valcárcel Siso* den bisherigen Direktor im Generalsekretariat des Rates, *Andrä Rupprechter*, zum künftigen Generalsekretär bestimmt. *Rupprechter* stammt aus Tirol und ist seit 2007 Direktor im Generalsekretariat des Rats. Von 1989 bis 2007 war er im österreichischen Landwirtschaftsministerium tätig.

STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR

DATENSCHUTZ

KOMMISSION SCHLÄGT MASSNAHMEN ZUR WIEDERHERSTELLUNG DES VERTRAUENS IN TRANSATLANTISCHE DATENSTRÖME VOR

Die Kommission hat am 27.11.2013 die aus ihrer Sicht notwendigen Maßnahmen vorgestellt, um das aufgrund der Überwachung von europäischen Bürgern, Politikern und Institutionen durch US-Behörden verloren gegangene Vertrauen in die EU-USA Datenströme wiederherzustellen. In einer Mitteilung über die transatlantischen Datenströme werden die sich aus den Enthüllungen ergebenden Herausforderungen und Risiken beschrieben und die erforderlichen Maßnahmen zur Ausräumung der genannten Bedenken dargelegt. Die Quintessenz aus den Feststellungen lautet, dass ein hohes Datenschutzniveau sichergestellt werden muss. Zu diesem Zweck schlägt die Kommission Maßnahmen in sechs Bereichen vor.

Mitteilung über die Wiederherstellung des Vertrauens in transatlantische Datenströme:

http://ec.europa.eu/justice/data-protection/files/com_2013_847_en.pdf



Mitteilung zum Safe-Harbour-Abkommen

http://ec.europa.eu/justice/data-protection/files/com_2013_846_en.pdf

Pressemitteilung:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1166_de.htm

INNERE SICHERHEIT

KOMMISSION LEGT BERICHTE ÜBER DIE EVALUIERUNG DER TFTP- UND PNR-ABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND DEN USA VOR

Die Kommission hat am 27.11.2013 einen Bericht über die Evaluierung des TFTP-Abkommens der EU mit den USA (Abkommen über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung an die USA für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus) und einen Bericht über die gemeinsame Überprüfung des Fluggastdaten-Abkommens (PNR-Abkommen) mit den USA angenommen. In dem Bericht über die Bedeutung der im Rahmen des TFTP-Programms gesammelten Daten für Ermittlungen zur Bekämpfung terroristischer Handlungen kommt die Kommission zu dem Schluss, dass diese Daten umfangreiche sachdienliche Erkenntnisse ermöglicht haben, welche zur Aufdeckung geplanter terroristischer Handlungen und zur Verfolgung der dafür verantwortlichen Personen beigetragen haben. In dem Evaluierungsbericht zum PNR-Abkommen erläutert die Kommission, dass die US-Behörden das Abkommen in Übereinstimmung mit den im Abkommen festgelegten Standards und Bedingungen umgesetzt haben.

Evaluierungsbericht zum TFTP-Abkommen (Englisch):

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/docs/20131127_tftp_annex_en.pdf

Evaluierungsbericht zum PNR-Abkommen (Englisch)

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/docs/20131127_pnr_report_en.pdf

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1160_de.htm

KOMMISSION: EU-EIGENES TFTP-SYSTEM DERZEIT NICHT NOTWENDIG

Die Kommission hat am 27.11.2013 einen Bericht über die Prüfung der Einrichtung eines EU-eigenen Systems zum Aufspüren der Terrorismusfinanzierung (EU-TFTP) angenommen. Sie kommt darin zu dem Schluss, dass für die Einrichtung eines solchen Systems zurzeit keine Notwendigkeit bestehe, insbesondere weil es, um Daten im Hoheitsgebiet der EU extrahieren zu können, erforderlich wäre, eine neue, technisch sehr aufwändige und kostspielige Datenbank mit sämtlichen Informationen über die finanziellen Transaktionen der EU-Bürger einzurichten und zu verwalten. Die Entscheidung über die Einrichtung des Systems obliegt nun dem EP und dem Rat.



Bericht der Kommission (Englisch):

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/docs/20131127_tfts_en.pdf.

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ERGEBNIS EINER EUROBAROMETERUMFRAGE ÜBER DIE SICHERHEIT IM INTERNET

Die Kommission hat am 22.11.2013 eine Eurobarometer-Umfrage über die Sicherheit im Internet veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass Internetnutzer in der EU über die Cybersicherheit sehr besorgt sind. Insgesamt zeige die Umfrage, wie negativ sich die Cyberkriminalität auf die Nutzung des Internet auswirke. Zu viele Menschen verzichteten darauf, sämtliche Möglichkeiten des Internet zu nutzen. Dies schade der digitalen Wirtschaft und behindere das „Online-Leben.“ Positiv ist laut der Umfrage zu vermelden, dass sich im Vergleich zu 2012 mehr EU-Bürger gut über die Gefahren der Cyberkriminalität informiert fühlen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1130_de.htm

Übersicht über die Umfrageergebnisse

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_404_fact_de_de.pdf

Umfassendes Umfrageergebnis (nur in englischer Sprache)

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_404_en.pdf

ASYL UND MIGRATION

EUGH PRÄZISIERT VERFAHREN ZUR ERMITTLUNG DES NACH DER DUBLIN-II-VERORDNUNG FÜR DEN ASYLANTRAG ZUSTÄNDIGEN MITGLIEDSTAATS

Der EuGH hat in einem Urteil vom 14.11.2013 (Rechtssache C 4/11) die Anwendung der Regeln der sog. Dublin II-Verordnung (Verordnung Nr. 343/2003 vom 18. 02.2003 zur Festlegung von Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaates, der für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist, den ein Staatsangehöriger eines Drittlandes in einem Mitgliedstaat gestellt hat) präzisiert. Zum Einen verweisen die Richter auf ihre bisherige Rechtsprechung, wonach ein Mitgliedstaat einen Asylbewerber nicht an den nach der Dublin-II-Verordnung für die Prüfung des Asylantrags zuständigen Mitgliedstaat überstellen darf, wenn dort die Gefahr von Verletzungen der Grundrechte des Antragstellers besteht. Zum Anderen wird in dem Urteil darauf hingewiesen, dass in diesem Fall der Aufenthaltsmitgliedstaat verpflichtet ist, einen anderen für diese Prüfung zuständigen Staat zu ermitteln, jedoch grundsätzlich nicht verpflichtet ist, den Asylantrag selbst zu prüfen.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=9ea7d2dc30db314b6a2f8951465e9562a1c26ced652c.e34KaxiLc3qMb40Rch0SaxuMahv0?text=&docid=144489&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=749080>



VERKEHR

EP VERABSCHIEDET VERORDNUNGEN ZUR „CONNECTING EUROPE“-FAZILITÄT UND ÜBER TRANSEUROPÄISCHE VERKEHRSNETZE; TRILOGEINIGUNG ZUR VERORDNUNG ÜBER TRANSEUROPÄISCHE TELEKOMMUNIKATIONSNETZE

Das Plenum des EP hat am 19.11.2013 die Verordnungen zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) sowie über Leitlinien der Union für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) jeweils mit großer Mehrheit verabschiedet (Verordnung TEN-V 546/104/41, CEF 583/91/17). Damit stehen nun für Verkehrsinfrastrukturförderungen durch die EU in der Periode 2014-2020 insgesamt knapp 23,2 Mrd. € bereit, davon 10 Mrd. € reserviert für die Länder, die berechtigt sind, Mittel aus dem Kohäsionsfonds zu erhalten. Die weiteren Mittel aus der CEF stehen für Energieinfrastruktur (ca. 5,12 Mrd. €) und Digitalisierung (ca. 1 Mrd. €) zur Verfügung. Es bedarf nun noch der Zustimmung des Rates.

Zur Verordnung TEN-V hatten Rat, EP und Kommission bereits am 29.05.2013 eine Einigung erzielt, zu CEF am 10.07.2013. Bei anderen beiden Sektorverordnungen zur CEF ist der Sachstand wie folgt:

- Die Verordnung (EU) Nr. 347/2013 über Leitlinien für Energieinfrastruktur ist bereits veröffentlicht und in Kraft getreten.
- Zur Verordnung über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze und Aufhebung der Entscheidung Nr.1336/97/EG (TEN-Tele) haben Rat und EP am 08.11.2013 eine Einigung im Trilog erzielt. Die politische Billigung durch die Mitgliedstaaten im AStV erfolgte am 08.11.2013, so dass nun EP und Rat das Verfahren auch hierzu abschließen können.

(s. auch Beitrag des StMWET in diesem Europabericht)

Pressemitteilung des EP zu CEF und TEN-V:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131115IPR24720/html/Connecting-Europe-Abgeordnete-verabschieden-neue-Infrastrukturmittel>

Pressemitteilung des Rates zur Trilogieeinigung TEN-Tele:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/trans/139604.pdf

TRAN-AUSSCHUSS NIMMT BERICHT ZUM AUFBAU DER INFRASTRUKTUR FÜR ALTERNATIVE KRAFTSTOFFE AN

Der Verkehrsausschuss (TRAN) des EP hat am 26.11.2013 einen Bericht zum Vorschlag für eine Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe angenommen und dem Berichterstatter MdEP *Carlo Fidanza* (EVP/ITA) ein Mandat für die Trilogieverhandlungen mit Rat und Kommission erteilt. Die Richtlinie soll einheitliche technische Spezifikationen für die Ladeinfrastruktur für die im Verkehr genutzten alternativen Kraftstoffe Elektrizität, Erdgas (LNG und CNG) und Wasserstoff sowie Vorgaben für den Aufbau



einer Mindestinfrastruktur in diesen Bereichen enthalten. Bei der Zahl der bis 2020 einzurichtenden Stromtankstellen für Elektroautos bleibt der Bericht weit hinter dem Kommissionsvorschlag zurück, da nach Ansicht vieler Abgeordneten eine EU-Vorgabe für den Infrastrukturaufbau gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen könnte. Die Forderung in dem Bericht soll daher einen Minimalkompromiss erlauben.

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

KOMMISSION LEGT VIERTES PAKET ZUR STÄRKUNG DER RECHTEN DER BESCHULDIGTEN UND VERDÄCHTIGEN IM STRAFVERFAHREN VOR

Die Kommission hat am 27.11.2013 ihr viertes und vorerst letztes Paket zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen und Beschuldigten in Strafverfahren vorgestellt. Das Legislativpaket besteht aus drei Richtlinienvorschlägen und zwei Empfehlungen der Kommission. Dieses Paket soll die drei bereits erlassenen EU-Richtlinien zum Recht auf Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen (2010/64/EU), zum Recht auf Belehrung und Unterrichtung (2012/13/EU) und die erst im Oktober erlassene Richtlinie zum Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand sowie Recht auf Kommunikation bei Freiheitsentzug (2013/48/EU) ergänzen (EB 17/13 und 15/13).

Pressemitteilung der Kommission vom 27.11.2013:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1157_de.htm

Link zu allen Richtlinienvorschlägen und Empfehlungen in der derzeit noch nicht endgültigen Fassung in englischer Sprache:

http://ec.europa.eu/justice/newsroom/criminal/news/131127_en.htm

KOMMISSION HÄLT AM VORSCHLAG FÜR DIE EUROPÄISCHE STAATSANWALTSCHAFT FEST

Nachdem das Kollegium der Kommissare in seiner Sitzung am 06.11.2013 festgestellt hatte, dass die von 14 Kammern aus elf Mitgliedstaaten eingereichten begründeten Stellungnahmen gegen den von der Kommission am 17.07.2013 vorgelegten Verordnungsvorschlag zur Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft (EB 13/13) das erforderliche Quorum erfüllt haben, (EB 19/13), hat die Kommission am 27.11.2013 zu der Subsidiaritätsrüge Stellung genommen. Sie kommt dabei zu dem Schluss, dass die von den Kammern vorgetragene Gründe nicht greifen und sie nicht gegen den Grundsatz der Subsidiarität verstoßen habe. Aus diesem Grunde hält sie an dem Vorschlag in der jetzigen Fassung fest und lehnt auch Änderungen in diesem Stadium ab. Sie hat jedoch erklärt, die vorgebrachten Einwände in den weiteren Beratungen zu berücksichtigen.



KOMMISSION SCHLÄGT ÜBERARBEITUNG DER VERORDNUNG FÜR BAGATELLFORDERUNGEN VOR

Am 19.11.2013 hat die Kommission einen neuen Verordnungsvorschlag zur Überarbeitung der derzeit gültigen Verordnung (EG) 861/2007 vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen in Zivil- und Handelssachen („Small-Claims-Verordnung“) sowie der Verordnung (EG) 1896/2006 zu Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens vorgelegt. Die Kommission verspricht sich durch die Neuerungen insbesondere eine höhere Akzeptanz bei Streitigkeiten zu erreichen, in denen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) verwickelt sind.

Verordnungsentwurf vom 19.11.2013 (COM (2013) 794 final):

http://ec.europa.eu/justice/civil/files/com_2013_794_de.pdf

Aktuelle Verordnung zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen (EG) 861/2007:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:199:0001:0022:DE:PDF>

Aktuelle Verordnung zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens (EG) 1896/2006:

<http://eur-lex.europa.eu/mwg-internal/de5fs23hu73ds/progress?id=C95uRtSv5G>

Pressemitteilung vom 19.11.2013:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1095_de.htm

EP-PLENUM STIMMT FÜR FRAUENQUOTE

Das EP hat am 21.11.2013 mit großer Mehrheit (459 Ja-Stimmen, 148 Gegenstimmen und 81 Enthaltungen) eine legislative Entschließung zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Unternehmen und über damit zusammenhängende Maßnahmen (EB 13/13) angenommen. Die Entschließung, die auf dem gemeinsamen Berichtsentwurf des Rechtsausschusses (JURI) und des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) beruht, unterstützt grundsätzlich den von der Kommission vorgeschlagenen Ansatz für eine europäische Frauenquote, geht aber andererseits noch in einigen Punkten über diesen hinaus. Die Abgeordneten haben sich auf eine Liste von Sanktionen als verbindlichen Mindeststandard geeinigt. Als weitere Sanktionen sollen zukünftig auch etwa der Ausschluss von Ausschreibungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge und der teilweise Ausschluss vom Erhalt von Strukturfondsmitteln der EU möglich sein (s. auch Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung und legislative Entschließung:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131118IPR25532/html/40-der-Sitze-in-Aufsichtsr%C3%A4ten-f%C3%BCr-Frauen>



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SONDERSITZUNG DER EUROGRUPPE VOM 22.11.2013

Die Eurogruppe hat sich am 22.11.2013 in einer Sondersitzung mit den von den Mitgliedstaaten übermittelten Übersichten über die Haushaltsplanung 2014 befasst. Hierzu hatte die Kommission am 15.11.2013 Stellungnahmen abgegeben. Dabei handelt es sich um eine neue Form der haushaltspolitischen Koordinierung, die auf dem Legislativpaket zur weiteren Stärkung der haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung (sog. „Two Pack“) beruht. Bei folgenden Mitgliedstaaten besteht die Gefahr, dass die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht eingehalten werden: Spanien, Italien, Finnland und Malta. Diese Mitgliedstaaten müssen im Rahmen der nationalen Haushaltsverfahren die notwendigen Korrekturmaßnahmen ergreifen. Frankreich, die Niederlande und Slowenien, deren Haushaltspläne zwar mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbar sind, aber keinerlei Spielräume für den Fall einer unerwartet schlechten Entwicklung enthalten, wurden aufgefordert, ihre Haushaltspläne rigoros umzusetzen und sicherzustellen, dass die Vorgaben konsequent eingehalten werden.

Statement der Eurogruppe:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/139704.pdf

Statement von *Jeroen Dijsselbloem*, Präsident der Eurogruppe:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/139709.pdf

Statement von Kommissions-Vizepräsident und Kommissar für Wirtschaft und Währung, *Olli Rehn*

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-970_en.htm?locale=en

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 15.11.2013

Der ECOFIN-Rat hat am 15.11.2013 Schlussfolgerungen zu Auffangmechanismen zur Rekapitalisierung von Banken im Zuge der von der EZB geplanten umfassenden Überprüfung der Bankbilanzen (sog. „asset quality review“) angenommen. Die Entscheidung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken wurde auf die nächste Sitzung des ECOFIN-Rates am 10.12.2013 vertagt. Die wesentlichen Streitpunkte (u. a. Kommission als Abwicklungsbehörde, gemeinsamer Abwicklungsfonds) blieben nach wie vor offen. Auch über die Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie gab es noch keine Einigung.

Pressemitteilung des ECOFIN-Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/139626.pdf

EP ERTEILT ZUSTIMMUNG ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020

Nach monatelangen und äußerst schwierigen Verhandlungen hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) am 19.11.2013 seine Zustimmung zur Verordnung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020



(MFR) erteilt. Die Zustimmung wurde mit einer breiten Mehrheit von 537 Stimmen bei 126 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen erteilt. Der flankierenden interinstitutionellen Vereinbarung stimmten 557 Abgeordnete zu (118 Gegenstimmen, 11 Enthaltungen). Die formale Annahme durch den Rat ist für den Wettbewerbsfähigkeitsrat am 02.12.2013 als A-Punkt (also ohne Aussprache) geplant. Dabei handelt es sich um eine reine Formsache.

Pressemitteilung des EP:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20131118IPR25541/20131118IPR25541_en.pdf

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20131119+SIT-01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

RAT UND EP NEHMEN EU-HAUSHALT 2014 UND BERICHTIGUNGSHAUSHALTE 8 UND 9 AN

Der Rat und das EP haben am 19./20.11.2013 formal den EU-Haushalt 2014 angenommen. Die Zahlungsermächtigungen liegen bei 135,5 Mrd. € (1,0 % des BNE) und damit um 6,2 % unter dem Niveau des Jahres 2013 (inklusive Berichtigungshaushalte). Die Verpflichtungsermächtigungen liegen bei 142,6 Mrd. € (1,06 % des BNE) und damit ebenfalls um 6,2 % unter dem Niveau des Jahres 2013. Daneben hat das EP in der Plenarsitzung auch die Berichtigungshaushalte Nr. 8 (weitere 3,9 Mrd. € zur Bedienung der bestehenden Zahlungsverpflichtungen der EU) und Nr. 9 (Fluthilfen, davon 360,5 Mio. € für Deutschland) verabschiedet. Von den Fluthilfen werden 250 Mio. € über Umschichtungen im Haushalt 2013 finanziert. Die restlichen 150 Mio. € werden mit dem Haushalt 2014 bereitgestellt.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ecofin/139638.pdf

Pressemitteilung des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131118IPR25540/html/Parliament-approves-EU%E2%80%99s-2014-budget-and-plugs-2013-payment-gaps>

FINANZBERICHT 2012 – DEUTSCHLAND WIEDER GRÖSSTER NETTOZAHLER (IN ABSOLUTEN ZAHLEN)

Die Kommission hat am 26.11.2013 ihren Finanzbericht 2012 veröffentlicht. Deutschland war in absoluten Zahlen wie bereits seit Jahren größter Nettozahler der EU. Der deutsche Nettobeitrag im Jahr 2012 betrug 11,95 Mrd. € (2011: 9 Mrd. €). Weitere große Nettozahler in absoluten Beträgen waren Frankreich (rd. 8,3 Mrd. €), das Vereinigte Königreich (rd. 7,4 Mrd. €) und Italien (rd. 5,1 Mrd. €). Betrachtet man die Nettobeiträge im Verhältnis zum jeweiligen Bruttonationaleinkommen (BNE), dann waren Schweden (0,46 %), Dänemark (0,45 %) und Deutschland (0,44 %) größte Nettozahler. Der größte Nettoempfänger in absoluten Zahlen war erneut Polen (knapp 12 Mrd. €), gefolgt von Portugal (5,0 Mrd. €) und Griechenland (4,5 Mrd. €).



Im Verhältnis zum jeweiligen Bruttonationaleinkommen (BNE) waren die größten Nettoempfänger Estland (4,84 %), Litauen (4,82 %) und Lettland (4,29 %).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1163_de.htm

Finanzbericht 2012:

http://ec.europa.eu/budget/financialreport/pdf/financialreport-2012_en.pdf

EUGH BESTÄTIGT RECHTMÄSSIGKEIT DER ABLEHNUNG DER AUTOMATISCHEN BEZÜGEERHÖHUNG FÜR EU-BEAMTE IM JAHR 2011

Der EuGH hat am 19.11.2013 bestätigt, dass die Ablehnung der von der Kommission für 2011 vorgeschlagenen Bezügeerhöhung in Höhe von 1,7 % für EU-Beamte rechtmäßig war. Aus Sicht des EuGH hat der Rat zu Recht von einer Ausnahmeklausel Gebrauch gemacht, nach der bei einer erheblichen und abrupten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage (hier: Finanz- und Wirtschaftskrise) eine Abweichung von der automatischen Bezügeanpassung möglich ist.

Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-11/cp130148de.pdf>

EP LEGT POSITION ZUR VERORDNUNG ÜBER BASISINFORMATIONSBLÄTTER FÜR ANLAGEPRODUKTE FEST

Das EP hat am 21.11.2013 seine Position zu der von der Kommission im Juli 2012 vorgeschlagenen Verordnung über Basisinformationsblätter für Anlageprodukte festgelegt. Diese sieht einheitliche und auf die Bedürfnisse von Kleinanlegern zugeschnittene Vorgaben für Produktinformationen vor. Das EP spricht sich dafür aus, dass es die Basisinformationen nicht nur beim Verkauf von Anlageprodukten wie Investmentfonds oder Zertifikaten geben soll, sondern auch für Finanzprodukte der betrieblichen Altersvorsorge, für Lebensversicherungen und für Unternehmensanleihen. Deutsche EVP-Abgeordnete wie MdEP *Ferber*, MdEP *Balz* und MdEP *Langen* kritisieren, dass damit auch Produkte ohne Investment-Charakter erfasst werden. Das Thema wird eine zentrale Rolle bei den nunmehr anstehenden Trilogverhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission spielen.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20131120+SIT-03+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>



EP UNTERSTÜTZT VERSCHIEBUNG DES UMSETZUNGS- UND ANWENDUNGSDATUMS VON SOLVENCY II

Das EP hat am 21.11.2013 einem Richtlinienvorschlag der Kommission zur Änderung des Datums für die Umsetzung der Richtlinie Solvabilität II zugestimmt (Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2009/138/EG betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II)). Die Frist für die Umsetzung soll nunmehr am 31.03.2015 ablaufen (Kommission hatte 31.01.2015 vorgeschlagen), die Anwendung durch die betroffenen Akteure muss ab 01.01.2016 erfolgen. Der Rat muss noch zustimmen (s. dazu Beitrag des StMWMET in diesem EB).

Text der Entschließung (im Dokument ab S. 489):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20131121+SIT-02+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR ÄNDERUNG DER SOG. „MUTTER-TOCHTER-RICHTLINIE“

Die Kommission hat am 25.11.2013 einen Vorschlag zur Änderung der sog. „Mutter-Tochter-Richtlinie“ vorgelegt, um bestehende Steuerschlupflöcher v. a. in Zusammenhang mit Hybridanleihen zu schließen. Ursprünglich sollte mit der Mutter-Tochter-Richtlinie verhindert werden, dass in verschiedenen Mitgliedstaaten ansässige Unternehmen, die einer Gruppe angehören, doppelt besteuert werden. Einige Unternehmen nutzen jedoch die Unterschiede zwischen den nationalen Steuervorschriften aus, um in sämtlichen Mitgliedstaaten eine Besteuerung zu vermeiden („doppelte Nichtbesteuerung“). Dies soll mit dem nunmehr vorgelegten Vorschlag künftig verhindert werden. Die Richtlinie muss noch vom Rat angenommen werden. Das EP wird in Steuerfragen lediglich angehört.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1149_de.htm

Richtlinienvorschlag der Kommission:

[http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/key_documents/legislation_proposed/com\(2013\)814_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/key_documents/legislation_proposed/com(2013)814_de.pdf)

KONSULTATION ZU DEN EUROPÄISCHEN RECHNUNGSFÜHRUNGSGRUNDSÄTZEN FÜR DEN ÖFFENTLICHEN SEKTOR (EPSAS)

EUROSTAT hat am 25.11.2013 eine öffentliche Konsultation zu möglichen Steuerungsgrundsätze und -strukturen im Rahmen Europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor (EPSAS) eingeleitet. Die Kommission sieht harmonisierte Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor als wichtiges Instrument für die weitere steuerliche und haushaltspolitische Integration in der EU. Am 06.03.2013 hatte die Kommission in einem Bericht an das Europäische Parlament festgestellt, dass die



Internationalen Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor (IPSAS) derzeit in den EU-Mitgliedstaaten nicht ohne Weiteres umsetzbar sind, aber eine wichtige Referenz für künftige europäische Rechnungsführungsnormen für den öffentlichen Sektor sind.

Die Teilnahme an der Konsultation steht allen Bürgern und Organisationen offen. Vertreter von nationalen Regierungen und öffentlichen Behörden, vor allem von Finanzministerien, von Normungseinrichtungen für die Festlegung von Rechnungsführungsgrundsätzen, Prüf- und Aufsichtsbehörden, statistischen Ämtern sowie privaten Rechnungsführungsstellen und Verbänden und andere wichtige institutionelle Akteure möchte die Kommission auch auf direktem Wege zur Einreichung von Beiträgen einladen. Die Konsultation läuft bis 17.02.2014.

Als nächsten Schritt nach Abschluss der Konsultation wird die Kommission zunächst eine Mitteilung zur möglichen Ausgestaltung Europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor vorbereiten. Ein Legislativvorschlag ist für das Jahr 2015 geplant.

Konsultationsseite der Kommission:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/public_consultations/consultations/epsas

Unterlagen/Reden zu einer im Mai 2013 abgehaltenen Konferenz in Brüssel:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/conferences/introduction/2013/epsas>

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

EP ERTEILT ZUSTIMMUNG ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020

Nach monatelangen und äußerst schwierigen Verhandlungen hat das EP-Plenum am 19.11.2013 seine Zustimmung zur Verordnung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) erteilt. Die Zustimmung wurde mit einer breiten Mehrheit von 537 Stimmen bei 126 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen erteilt. Der flankierenden interinstitutionellen Vereinbarung stimmten 557 Abgeordnete zu (118 Gegenstimmen, 11 Enthaltungen). Die formale Annahme durch den Rat ist für den Wettbewerbsfähigkeitsrat am 02.12.2013 als A-Punkt (also ohne Aussprache) geplant. Dabei handelt es sich um eine reine Formsache (s. dazu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung des EP:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20131118IPR25541/20131118IPR25541_en.pdf

Entschließung des EP:



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20131119+SIT-01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

EP-PLENUM VERABSCHIEDET RECHTSGRUNDLAGEN DER KOHÄSIONSPOLITIK 2014 - 2020

Das EP Plenum hat am 20.11.2013 das Verordnungspaket zur zukünftigen Kohäsionspolitik 2014 - 2020 mit deutlicher Mehrheit angenommen und sich somit für die von Rat und EP über Monate ausgehandelten Kompromisse ausgesprochen (zum Trilogergebnis s. EB 18/13). Die Förderprogramme, die ihre 325 Mrd. € hohe Budgetausstattung (Preise 2011) aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) erhalten, müssen noch formal vom Rat gebilligt werden.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131118IPR25534/html/Parlament-verabschiedet-neue-Regionalpolitik-325-Mrd.-Euro-an-Investitionen>

EP VERABSCHIEDET DAS PROGRAMM COSME - FÖRDERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON KMU 2014 - 2020

Das EP-Plenum hat am 21.11.2013 das künftige EU-Förderprogramm für die Wettbewerbsfähigkeit von KMU 2014 - 2020 mit deutlicher Mehrheit (554/27/18) verabschiedet, auf das sich EP und Rat am 20.06.2013 geeinigt hatten (EB 12/13). Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sieht für das Programm insgesamt 2 Mrd. € vor. Über 60 % davon sollen für den besseren Zugang von KMU zu Finanzmitteln bereitgestellt werden. Der Rat muss das Programm noch formal billigen.

Pressemitteilung des EP (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131115IPR24729/html/COSME-programme-Parliament-secures-more-funding-and-support-for-small-firms>

EP VERABSCHIEDET VERORDNUNGEN ZUR „CONNECTING EUROPE“-FAZILITÄT UND ÜBER TRANSEUROPÄISCHE VERKEHRSNETZE; TRILOGEINIGUNG ZUR VERORDNUNG ÜBER TRANSEUROPÄISCHE TELEKOMMUNIKATIONSNETZE

Das Plenum des EP hat am 19.11.2013 die Verordnungen zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) sowie über Leitlinien der Union für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) jeweils mit großer Mehrheit verabschiedet (Verordnung TEN-V 546/104/41, CEF 583/91/17). Damit stehen nun für Verkehrsinfrastrukturförderungen durch die EU in der Periode 2014 - 2020 insgesamt knapp 23,2 Mrd. € bereit, davon 10 Mrd. € reserviert für die Länder, die berechtigt sind, Mittel aus dem Kohäsionsfonds zu erhalten. Die weiteren Mittel aus der CEF stehen für Energieinfrastruktur (ca. 5,12 Mrd. €) und Digitalisierung (ca. 1 Mrd. €) zur Verfügung. Es bedarf nun noch der Zustimmung des Rates.



Pressemitteilung des EP zu CEF und TEN-V:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131115IPR24720/html/Connecting-Europe-Abgeordnete-verabschieden-neue-Infrastrukturmittel>

Pressemitteilung des Rates zur Trilogie TEN-Tele:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/trans/139604.pdf

TRILOGEINIGUNG ZU DEN CO₂-GRENZWERTEN FÜR PKW – BILLIGUNG DURCH RAT UND EP STEHT AUS

Am Abend des 26.11.2013 haben sich die Unterhändler von Rat, EP und der Kommission auf einen Kompromiss zur künftigen Regulierung der CO₂-Emissionen für PKW ab dem Jahr 2020 geeinigt. Der Text soll am 29.11.2013 im AstV den Mitgliedstaaten zu Billigung vorgelegt werden, bevor EP und Rat das Dossier offiziell in erster Lesung verabschieden können. Im Vergleich zum Kompromisstext vom Juni 2013, den der Rat in der Folge nicht akzeptiert hat, wurde nun ein einjähriges „phase-in“ festgelegt, d. h. im Jahr 2020 muss der Grenzwert von 95 g CO₂/km (kann für den Einzelhersteller je nach Flottenzusammensetzung leicht abweichen) nur von 95 % der Flotte erreicht werden, erst im Jahr 2021 gilt er für die gesamte Flotte. Weiterhin wurden die „Super Credits“ erweitert, also die Mehrfachanrechnung von besonders verbrauchsarmen Fahrzeugen (Relevanz für Elektromobilität).

Pressemitteilung des EP (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131126IPR26748/html/Car-CO2-emissions-MEPs-reach-a-deal-with-Lithuanian-Presidency-of-the-Council>

TRILOGEINIGUNG ZUR VERORDNUNG ÜBER FAHRZEUGLÄRM

Die litauische Präsidentschaft hat sich mit den Unterhändlern von EP und Kommission am 05.11.2013 in zweiter Lesung auf eine neue Verordnung über den Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen geeinigt. Das Ergebnis der Trilogieverhandlungen wurde seitens der Mitgliedstaaten am 15.11.2013 im AstV politisch gebilligt, so dass EP und Rat nun das Verfahren auch offiziell abschließen können. Die neue Verordnung senkt die für die Typzulassung erlaubten Lärmemissionen von PKW in drei Phasen ab, gestaffelt im Wesentlichen nach Leistung und Gewicht des Fahrzeugs. Elektro- und Hybridfahrzeuge müssen hingegen zukünftig aus Sicherheitsgründen ein bestimmtes Geräuschniveau erreichen (AVAS – Acoustic Vehicle Alert System). Die Abstimmung im EP-Plenum wird für Anfang 2014 erwartet.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/139612.pdf

Pressemitteilung des EP (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131127IPR27740/html/Environment-MEPs-back-law-to-turn-down-harmful-traffic-noise>



RATSSCHLUSSFOLGERUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE

Der Rat hat am 26.11.2013 Schlussfolgerungen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (CSDP) angenommen, die u. a. der Vorbereitung des ER im Dezember 2013 dienen. Sie beinhalten auch Aussagen zur Stärkung der technologischen und industriellen Basis der Europäischen Verteidigung (EDTIB), die der Rat als elementar für die Entwicklung der militärischen Schlagkraft Europas ansieht. Der Rat begrüßt die Mitteilung der Kommission über einen Aktionsplan zur Verbesserung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors vom Juli 2013 (EB 14/13) und fordert weitere konkrete Maßnahmen in diesem Bereich.

Schlussfolgerungen des Rates, dort zu EDTIB insb. ab Ziff. 30 (in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/139719.pdf

EP NIMMT STELLUNG ZUR EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE

Das EP am 21.11.2013 einen Initiativbericht über die verteidigungstechnologische und -industrielle Basis Europas (EDTIB) verabschiedet. Hintergrund ist die Tagung des ER im Dezember 2013, bei der sich die Staats- und Regierungschefs u. a. mit der Verteidigungspolitik und diesem Industriezweig beschäftigen werden. Das EP sieht eine entsprechende Industriebasis als zentrales Element einer funktionierenden europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (CDSP) an und misst ihr mit 400.000 Arbeitsplätzen auch eine wichtige Rolle bei Wachstum und Beschäftigung in Europa zu. Das EP kritisiert allerdings die Mitteilung der Kommission über einen Aktionsplan zur Verbesserung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors vom Juli 2013 (EB 14/13), da sie keine Bestandsaufnahme bisheriger Strategien beinhalte und nur unzureichend umgesetzt werde.

Text des Initiativberichts (ab S. 30 des Dokuments):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20131121+SIT-03+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 15.11.2013

Der ECOFIN-Rat hat am 15.11.2013 Schlussfolgerungen zu Auffangmechanismen zur Rekapitalisierung von Banken im Zuge der von der EZB geplanten umfassenden Überprüfung der Bankbilanzen (sog. „asset quality review“) angenommen. Die Entscheidung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken wurde auf die nächste Sitzung des ECOFIN-Rates am 10.12.2013 vertagt. Die wesentlichen Streitpunkte (u. a. Kommission als Abwicklungsbehörde, gemeinsamer Abwicklungsfonds) blieben nach wie vor offen. Auch über die Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie gab es noch keine Einigung (s. dazu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung des ECOFIN-Rates:



http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/139626.pdf

EP LEGT POSITION ZUR VERORDNUNG ÜBER BASISINFORMATIONSBLÄTTER FÜR ANLAGEPRODUKTE FEST

Das EP hat am 20.11.2013 seine Position zu der von der Kommission im Juli 2012 vorgeschlagenen Verordnung über Basisinformationsblätter für Anlageprodukte festgelegt. Diese sieht einheitliche und auf die Bedürfnisse von Kleinanlegern zugeschnittene Vorgaben für Produktinformationen vor und enthält Vorschriften über die Bereitstellung dieser Basisinformationen durch Anlageberater und -verkäufer. Das EP spricht sich dafür aus, dass es die Basisinformationen nicht nur beim Verkauf von Anlageprodukten wie Investmentfonds oder Zertifikaten geben soll, sondern auch für Finanzprodukte der betrieblichen Altersvorsorge, für Lebensversicherungen und für Unternehmensanleihen.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131115IPR24728/html/Key-things-small-investors-should-be-told>

EP UNTERSTÜTZT VERSCHIEBUNG DES UMSETZUNGS- UND ANWENDUNGSDATUMS VON SOLVENCY II

Das EP hat am 21.11.2013 einem Richtlinienvorschlag der Kommission zur Änderung des Datums für die Umsetzung der Richtlinie Solvabilität II zugestimmt (Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2009/138/EG betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II)). Die Frist für die Umsetzung soll nunmehr am 31.03.2015 ablaufen (Kommission hatte 31.01.2015 vorgeschlagen), die Anwendung durch die betroffenen Akteure muss ab 01.01.2016 erfolgen. Der Rat muss noch zustimmen.

Text der Entschließung (im Dokument ab S. 489):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20131121+SIT-02+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR FÖRDERUNG VON UNTERNEHMERTUM IN EUROPA

Das EP hat am 16.10.2013 einen Entschließungsantrag zum Thema „Aktionsplan Unternehmertum 2020 – den Unternehmergeist in Europa neu entfachen“ angenommen und damit seine Position zur entsprechenden Mitteilung der Kommission vom 09.01.2013 (EB 01/13) festgelegt. Das EP begrüßt weitestgehend die Vorschläge der Kommission und hebt vor allem folgende Punkte hervor: Verbesserung der Finanzierung, Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Bürokratieabbau, Erleichterung der Unternehmensübertragung sowie die besondere Beachtung von bei Unternehmensgründungen unterrepräsentierten Gruppen (z. B. Frauen).



Text des Entschließungsantrags des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+MOTION+B7-2013-0466+0+DOC+PDF+V0//DE>

KONSULTATION ZUR EVALUIERUNG STAATLICHER BEIHILFEN

Die Kommission hat am 22.11.2013 einen Leitfaden zur Bewertung von Beihilfemaßnahmen durch die Mitgliedstaaten veröffentlicht und bittet nun um Stellungnahmen zu diesen Vorschlägen. Dabei geht es um ex post-Überprüfungen von öffentlichen Förderungen daraufhin, ob sie ihren Zweck erreicht und welche Folgen für die Wettbewerbssituation sie ausgelöst haben. Zukünftige oder überarbeitete Beihilferegime sollen Schlussfolgerungen aus diesen Erkenntnissen ziehen, was die Kommission dann der Prüfung und Bewertung solcher neuen Maßnahmen mit zu Grunde legen will. Die Konsultation läuft bis zum 24.01.2014.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1146_de.htm

AUSSENWIRTSCHAFT

EU UND CHINA GEBEN STARTSCHUSS FÜR VERHANDLUNGEN ÜBER GEMEINSAMES INVESTITIONSABKOMMEN

Die EU und China haben sich im Rahmen des EU-China-Gipfels am 21.11.2013 über den Beginn der Verhandlungen über ein gemeinsames Investitionsabkommen geeinigt. Der Rat hatte der Kommission am 18.10.2013 ein entsprechendes Mandat erteilt (EB 17/13). Das Abkommen soll sowohl Regelungen für gegenseitigen Investitionsschutz als auch für Marktzugang beinhalten, wie Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* am Ende des Gipfels verkündete.

Rede von Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* (in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-959_en.htm

KOMMISSION VERHÄNGT VORLÄUFIGE SCHUTZZÖLLE IM ANTIDUMPINGVERFAHREN GEGEN CHINA AUF IMPORTE VON SOLARGLAS

Die Kommission hat am 26.11.2013 vorläufige Schutzzölle im Antidumpingverfahren gegen China auf Importe von Solarglas mit einer Spanne von 17,1 % bis 42,1 % (der höhere Satz betrifft die Mehrzahl an Unternehmen) verhängt. Sie hatte am 28.02.2013 auf Beschwerde der europäischen Solarglasproduzenten, repräsentiert durch EU ProSun Glass, entsprechende Untersuchungen eingeleitet. Spätestens bis zum 27.05.2014 muss der Rat auf entsprechenden Vorschlag der Kommission über langfristige Schutzmaßnahmen befinden (endgültige Ausgleichszölle bis zu fünf Jahren).



Text der Verordnung der Kommission zur Verhängung vorläufiger Antidumpingzölle im Amtsblatt der EU vom 27.11.2013:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:316:0008:0028:DE:PDF>

WTO SETZT STREITBEILEGUNGSPANEL ZU RUSSISCHER RECYCLING-GEBÜHR AUF AUSLÄNDISCHE AUTOS EIN

Im WTO-Beschwerdeverfahren der EU zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der russischen Recyclingabgabe auf aus der EU eingeführte Pkw, Lkw, Busse und andere Kraftfahrzeuge hat die WTO am 25.11.2013 ein Streitbeilegungspanel eingesetzt. Sie folgte damit einem Antrag der EU vom 10.10.2013 (EB 17/13). Das Panel hat nun sechs Monate Zeit, über den Fall zu entscheiden.

Übersicht der WTO zu dem Fall (in englischer Sprache):

http://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/ds462_e.htm

EP FORDERT ERFOLGE BEI DER NEUNTEN WTO-MINISTERKONFERENZ VOM 03. - 06.12.2013 AUF BALI

Das EP-Plenum hat am 21.11.2013 eine Entschließung angenommen, in der es die Kommission und den Rat sowie alle WTO-Mitgliedstaaten aufruft, sich für konkrete Erfolge bei der WTO-Ministerkonferenz vom 03. - 06.12.2013 auf Bali in Indonesien einzusetzen. Nach den ins Stocken geratenen Verhandlungen der Doha-Runde im Jahr 2008 sei dies v. a. für Entwicklungsländer von elementarer Bedeutung. Dabei müsse insbesondere dem Handel mit Dienstleistungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Von der EU fordert das EP, dabei eine Führungsrolle einzunehmen.

Text der Entschließung des EP (ab S. 1 des Dokuments):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20131121+SIT-03+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

EP STIMMT ÜBERARBEITUNG DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER DAS ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNGSWESEN (GPA) ZU

Das Plenum des EP hat am 19.11.2013 seine Zustimmung zur Überarbeitung des plurilateralen Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (Agreement on Government Procurement – GPA) gegeben. Sie führt insbesondere zu einer Erweiterung des Anwendungsbereichs und damit zu einer weiteren Öffnung der Beschaffungsmärkte. Die Vertragsparteien haben bei den Verhandlungen untereinander etwa ein Absenken von Schwellenwerten, die Ausweitung der Geltung auf regionale oder lokale Behörden oder die Einbeziehung weiterer Gruppen von Waren und Dienstleistungen zugestanden. Unternehmen der EU bekämen durch das überarbeitete Abkommen nun Zugang zu weltweiten Beschaffungsmärkten mit einem zusätzlichen Wert von 30 Mrd. €.



Text der Entschließung des EP mit Begründung:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2013-0339+0+DOC+PDF+V0//DE>

Text des Protokolls zur Überarbeitung des GPA:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st07/st07918.de13.pdf>

MEDIEN

EP VERABSCHIEDET EU-FÖRDERPROGRAMM „KREATIVES EUROPA“ 2014 - 2020

Das EP-Plenum hat am 19.11.2013 das EU-Förderprogramm „Kreatives Europa“ 2014 - 2020 mit großer Mehrheit (650/32/10) angenommen. Es stellt ein einheitliches Förderangebot für alle europäischen Kultur- und Medienschaaffenden dar und soll die internationale Kulturzusammenarbeit sowie die Zirkulation von Werken fördern. Dabei werden die beiden bisher getrennten Programme „Kultur“ und „Media/Media Mundus“ zusammengelegt. Neu eingeführt wird eine Garantiefazilität, die Kredite insbesondere für KMU der Kreativbranche absichern soll. „Kreatives Europa“ wird über ein inflationsbereinigtes Gesamtbudget von 1,46 Mrd. € verfügen. In der Summe entspricht dies in etwa dem Förderniveau der bisherigen Programme. Das Programm muss nun noch formal vom Rat gebilligt werden (s. Beitrag des StMBKWK in diesem EB).

Pressemitteilung des EP (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131115IPR24721/html/Creative-Europe-boost-for-cultural-and-creative-sectors>

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

EP BILLIGT 8. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM „HORIZONT 2020“

Das EP-Plenum hat am 21.11.2013 mit großer Mehrheit das für 2014 - 2020 ausgelegte 8. Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ angenommen. Horizont 2020 ist das drittgrößte EU-Förderprogramm nach der Agrarförderung und den Strukturfonds. Es wird für seine siebenjährige Laufzeit mit Finanzmitteln in Höhe von 77 Mrd. € (inflationsbereinigt) ausgestattet. Zu dem Paket gehören die Verordnungen zum Rahmenprogramm, zu den Regeln für die Beteiligung an Horizont 2020 und für die Verbreitung der Ergebnisse, zum Spezifischen Programm zur Durchführung von Horizont 2020, zum Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) sowie zur Strategischen Innovationsagenda des EIT. Das Programm verfolgt drei strategische Prioritäten: (I) Stärkung der wissenschaftlichen Exzellenz in Europa (32% des Gesamtbudgets), (II) Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit (22%) und (III) Lösungen gesellschaftlicher Herausforderungen (39%). Bereichsübergreifend aus den Säulen II und III sind 20 % der hierfür vorgesehenen Mittel für ein eigenes KMU-Instrument unter zentralisierter Verwaltung vorgesehen, was etwa 12 % des Gesamtbudgets entspricht. Die Verordnungen müssen nun noch formal vom Rat gebilligt werden (s. den Beitrag des StMBKWK in diesem EB).



Pressemitteilung des EP (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131115IPR24730/html/Horizon-2020-research-programme-more-support-for-small-firms-and-new-players>

EP VERABSCHIEDET PROGRAMM FÜR DIE EUROPÄISCHEN SATELLITENNAVIGATIONSSYSTEME (GALILEO UND EGNOS)

Das EP-Plenum hat am 20.11.2013 die neue Verordnung betreffend den Aufbau und den Betrieb von europäischen Satellitennavigationssystemen (GALILEO, EGNOS) mit deutlicher Mehrheit (603/29/59) verabschiedet. Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sieht für die Programme EU-Mittel in Höhe von 6,3 Mrd. € vor.

Pressemitteilung des EP (nur in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131115IPR24727/html/MEPs-give-green-light-to-Galileo-the-EU-alternative-to-America%E2%80%99s-GPS>

EU-ANZEIGER FÜR F&E-INVESTITIONEN DER INDUSTRIE 2012

Die Kommission hat am 18.11.2013 den jährlich erscheinenden „EU-Anzeiger für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen der Industrie 2012“ veröffentlicht. Das erste Mal seit 2004 führt mit Volkswagen ein deutsches Unternehmen die Rangliste der Privatunternehmen an (9,5 Mrd. € F&E-Investitionen). Auf deutsche Unternehmen entfielen etwa ein Drittel der gesamten F&E-Investitionen in der EU, schwerpunktmäßig in der Automobilbranche. Insgesamt erhöhten nach dem Bericht europäische Unternehmen ihre Ausgaben für F&E im letzten Jahr um 6,3 % und lagen damit knapp über dem Durchschnitt aller weltweit erfassten Unternehmen (6,2 %). Jedoch hinken die EU ihren wichtigsten Wettbewerbern weiter hinterher: Die US-amerikanischen Unternehmen konnten einen Investitionsanstieg von 8,2 % verzeichnen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1090_de.htm

SONSTIGES

EP SPRICHT SICH FÜR FRAUENQUOTE IN AUFSICHTSRÄTEN AUS

Das EP-Plenum hat am 21.11.2013 mit großer Mehrheit (459/148/81) eine legislative Entschließung zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Unternehmen und über damit zusammenhängende Maßnahmen angenommen. Die Entschließung unterstützt grundsätzlich das von der Kommission vorgeschlagene Ziel eines mindestens 40%-igen Anteils des unterrepräsentierten Geschlechts bei den Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Unternehmen bis 2020 und behält auch die Ausnahmeregelung für KMU bei. Streichen möchte das EP hingegen die noch im



Kommissionsvorschlag für Mitgliedstaaten vorgesehene Ausnahmemöglichkeit für Unternehmen mit einer Belegschaft, in der weniger als 10 % dem unterrepräsentierten Geschlecht angehören. Für Familienunternehmen wurde entgegen einzelner Forderungen keine spezifische Ausnahme vorgesehen. Der Rat hat sich noch nicht zu dem Dossier positioniert (s. den Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131118IPR25532/html/40-der-Sitze-in-Aufsichtsr%C3%A4ten-f%C3%BCr-Frauen>

KOMMISSION ERHEBT KLAGE GEGEN DEUTSCHLAND WEGEN UNTERLASSENER BEIHILFENRÜCKFORDERUNG VON DER DEUTSCHEN POST AG

Die Kommission hat am 20.11.2013 Klage vor dem EuGH gegen Deutschland erhoben, da die Bundesregierung rechtswidrige Beihilfen von der Deutschen Post nicht zurückgefordert habe. Zu dieser Rückforderung sei Deutschland aufgrund einer beihilfenrechtlichen Negativentscheidung der Kommission vom Januar 2012 verpflichtet. Hintergrund ist eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung der Kommissionsentscheidung, die den genauen Rückforderungsbetrag offen ließ und Deutschland dazu verpflichtete, ihn nach einem bestimmten Verfahren selbst zu berechnen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1127_de.htm

EUGH BEJAHT BINDUNG NATIONALER GERICHTE BEI DER BEURTEILUNG, OB EINE BEIHILFE IM SINE VON ART. 107 ABS.1 AEUV VORLIEGT, AN BLOSSE KOMMISSIONSENTSCHEIDUNG ZUR ERÖFFNUNG DES HAUPTPRÜFVERFAHRENS

Der EuGH hat am 21.11.2013 in der Rs. C-284/12 (Deutsche Lufthansa AG gegen Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH) entschieden, dass nationale Gerichte an eine Kommissionsentscheidung zur Eröffnung des förmlichen, beihilferechtlichen Hauptprüfverfahrens nach Art. 108 Abs. 2 AEUV gebunden sind und daher vom tatbestandlichen Vorliegen einer Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV ausgehen müssen. Daraus ergebe sich, dass auch ein Verstoß gegen das Durchführungsverbot nach Art. 108 Abs. 3 AEUV impliziert ist, woraus das nationale Gericht alle entsprechenden Folgerungen ziehen müsse. Dazu könnten Anordnungen zur Aussetzung der Maßnahme, zur Rückforderung bereits gezahlter Beträge und zum Erlass einstweiliger Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Beteiligten und der praktischen Wirksamkeit der Kommissionsentscheidung gehören. Dass die Kommissionsentscheidung nur vorläufigen Charakter hat und damit keine abschließende Bewertung enthält, stehe diesem Ergebnis nicht entgegen.

Urteil des Gerichtshofs:

http://curia.europa.eu/juris/document/document_print.jsf?doclang=DE&text=&pageIndex=0&part=1&mode=lst&docid=144802&occ=first&dir=&cid=500500



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

EP-PLENUM NIMMT GAP-REFORM UND ÜBERGANGSREGELUNGEN FÜR 2014 ENDGÜLTIG AN

Am 20.11.2013 nahm das EP-Plenum die Verordnungen zur GAP-Reform für Finanzierung-Verwaltungs-Kontrollsystem (mit 500 Ja-Stimmen bei 177 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen), Entwicklung des ländlichen Raums (576 Ja, 101 Nein, 11 Enthaltungen), Gemeinsame Marktorganisation (426 Ja, 253 Nein, 8 Enthaltungen) und Direktzahlungen (440 Ja, 238 Nein, 10 Enthaltungen) sowie die GAP-Übergangsregelungen für 2014 (592 Ja, 81 Nein, 14 Enthaltungen) endgültig an. Als letzter formeller Schritt zur endgültigen Verabschiedung der GAP-Reform fehlt nun noch die Zustimmung des Rates, die bei der Tagung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei am 16./17.12.2013 folgen soll.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/>

EP-Abstimmungsergebnisse:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do>

EP-Protokoll der namentlichen Abstimmung (GAP-Verordnungen S. 130 ff):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?>

Angenommene Texte des EP (GAP-Verordnung in Teil 4 und Teil 5):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?>

Pressemitteilung der Kommission (nur in EN verfügbar):

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-1018_en.htm

Mitteilung der Kommission zu delegierten Rechtsakten (nur in EN verfügbar):

http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/145_en.htm

Pressemitteilung der litauischen Ratspräsidentschaft:

<http://www.eu2013.lt/de/news/pressemitteilungen/>

EP-PLENUM STIMMT MEHRJÄHRIGEM FINANZRAHMEN 2014 - 2020 ZU

Nach monatelangen Verhandlungen hat das Plenum des EP am 19.11.2013 seine Zustimmung zur Verordnung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) erteilt (s. Beitrag des StMFLH in diesem EB). Die Zustimmung wurde mit einer breiten Mehrheit von 537 Stimmen bei 126 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen erteilt. Der flankierenden interinstitutionellen Vereinbarung stimmten 557 Abgeordnete zu (118 Gegenstimmen, 11 Enthaltungen). Bezüglich der finanziellen Ausstattung bleibt es bei dem Zahlentableau, auf das sich der Europäische Rat am 07./08.02.2013 geeinigt hatte (EB 03/13), das über die Gesamtperiode 2014 - 2020 Verpflichtungsermächtigungen – in Preisen von 2011 – von knapp 960 Mrd. € (ohne Instrumente außerhalb des MFR) und Zahlungsermächtigungen von gut 908 Mrd. € vorsieht. Auf die Rubrik 2 „Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen“ entfallen Verpflichtungsermächtigungen von gut



373 Mrd. €, davon knapp 278 Mrd. € für die 1. Säule GAP und knapp 85 Mrd. € für die 2. Säule GAP. Die formale Annahme durch den Rat ist für den Wettbewerbsfähigkeitsrat am 02.12.2013 als A-Punkt (also ohne Aussprache) geplant. Dabei handelt es sich um eine reine Formsache.

Pressemitteilung des EP:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20131118IPR25541/20131118IPR25541_en.pdf

EP-Abstimmungsergebnisse:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?>

Angenommene Texte (Teil 1):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?>

RAT BESTÄTIGT KÜRZUNG DER DIREKTZAHLUNGEN 2013 UM 2,45 %

Am 19.11.2013 nahm der Rat den Vorschlag der Kommission vom 16.10.2013 zur Kürzung der Direktzahlungen 2013 um ca. 2,45 % an (EB 17/13). Ausgenommen davon bleiben die ersten 2.000 € Direktzahlungen eines Betriebes. Die Regelung, die durch den Rat für Allgemeine Angelegenheiten ohne weitere Aussprache angenommen wurde (formal: Annahme Durchführungsverordnung 15397/13 der Kommission und Ablehnung Durchführungsverordnung 964/2013 der Kommission), kann damit in Kraft treten.

Durchführungsverordnung 15397/13 (angenommen):

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/st15/st15397.en13.pdf>

Durchführungsverordnung 964/2013 (abgelehnt):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:268:0005:0006:EN:PDF>

Pressemitteilung der Rates für Allgemeine Angelegenheiten am 19.11.2013 (Landwirtschaft siehe S. 11):

http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/139649.pdf

RAT UND EP VERABSCHIEDEN EU-HAUSHALT 2014 UND BERICHTIGUNGSHAUSHALT FÜR FLUTHILFEN

Der Rat und das EP haben am 19./20.11.2013 formal den EU-Haushalt 2014 angenommen (s. Beitrag des StMFLH in diesem EB). Rat und EP hatten hierüber im Vermittlungsverfahren am 12.11.2013 eine Einigung erzielt (EB 19/13). Die Zahlungsermächtigungen liegen danach bei 135,5 Mrd. € (1,0 % des BNE) und damit um 6,2 % unter dem Niveau des Jahres 2013 (inklusive Berichtigungshaushalte). Die Verpflichtungsermächtigungen liegen bei 142,6 Mrd. € (1,06 % des BNE) und damit ebenfalls um 6,2 % unter dem Niveau des Jahres 2013. Für die Rubrik 2 „Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen“ sind 59,3 Mrd. € für Verpflichtungen (davon 43,8 Mrd. € für die 1. Säule und 13,9 Mrd. € für die 2. Säule GAP) und 56,5 Mrd. € für Zahlungen vorgesehen. Mit dem Berichtigungshaushalt Nr. 9 (Fluthilfen) werden Deutschland, Österreich und Tschechien wegen der Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013 sowie Rumänien wegen einer Dürrekatastrophe aus dem EU-Solidaritätsfonds mit insgesamt 400,5 Mio. € unterstützt (davon 360,5 Mio. € für Deutschland).



Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ecofin/139638.pdf

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/>

EP-PLENUM BILLIGT FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM „HORIZONT 2020“: 3,85 MRD. € FÜR AGRARFORSCHUNG RESERVIERT

Am 21.11.2013 billigte das EP-Plenum in Straßburg mit großer Mehrheit das 8. Forschungsrahmenprogramm (FRP) mit dem Titel „Horizont 2020“ (s. Beitrag des StMBKWK in diesem EB). Es wird für seine siebenjährige Laufzeit von 2014 - 2020 mit Finanzmitteln in Höhe von 77,0 Mrd. € (inflationsbereinigt) ausgestattet. Davon sind 3,85 Mrd. € für Forschung im Bereich Nahrungsmittelsicherheit, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, Meer- und Süßwasserforschung sowie Bio-Wirtschaft reserviert, weitere 3 Mrd. € für Klima-, Umwelt-, Ressourceneffizienz- und Rohstoffforschung. Im Bereich Energie sollen 5 Mrd. € (=85 % des gesamten dafür vorgesehenen Budgets) für Forschung außerhalb der fossilen Energieträger verwendet werden. Horizont 2020 muss nun noch formal vom Rat gebilligt und nach Unterzeichnung durch den Präsidenten des EP und des Rates im Amtsblatt der EU erscheinen, um in Kraft treten zu können.

Horizont 2020 (vom EP angenommene Verordnung zum Rahmenprogramm):

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/pe00/pe00067.en13.pdf>

KOMMISSION LEGT LEGISLATIVVORSCHLAG ZUR ABSATZFÖRDERUNG FÜR AGRARERZEUGNISSE VOR

Am 21.11.2013 hat die Kommission einen Legislativvorschlag für eine „Verordnung über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern“ vorgelegt. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft gesteigert, eine zielgerichtete Förderung ermöglicht, die Finanzierung erhöht und das Verwaltungsverfahren vereinfacht werden. Neue Märkte für EU-Agrarerzeugnisse sollen entwickelt und erschlossen, ihre Qualität stärker im Bewusstsein der Verbraucher verankert werden. Zusammen mit dem Legislativvorschlag präsentierte die Kommission eine Folgenabschätzung.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1139_de.htm

Information der Generaldirektion AGRI mit Legislativvorschlag und Folgenabschätzung:

http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/policy/legislative-proposal/index_de.htm



EURH-SONDERBERICHT ZU ARTIKEL-68-MASSNAHMEN

Am 26.11.2013 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) den Sonderbericht Nr. 10/2013 „Gemeinsame Agrarpolitik: Wurde die besondere Stützung gemäß Artikel 68 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates gut ausgestaltet und durchgeführt“ Daraus geht hervor, dass es Schwachstellen im Durchführungsrahmen der besonderen Stützung gibt, insbesondere bestünden in den Mitgliedstaaten keine hinreichenden Nachweise für die Notwendigkeit und Relevanz der Artikel-68-Maßnahmen. Die aufgedeckten Mängel müssten in der neuen GAP behoben werden, insbesondere müsse die Kommission in Zukunft eine aktivere Rolle einnehmen.

Gesamtbericht:

http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR13_10/SR13_10_DE.pdf

Pressemitteilung:

http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR13_10/INSR13_10_DE.pdf

EURH-BERICHT ÜBER EFFIZIENTEN EINSATZ DER ELER-MITTEL

Am 22.11.2013 veröffentlichte der EuRH den Sonderbericht Nr. 12/2013 „Können die Kommission und die Mitgliedstaaten nachweisen, dass die EU-Haushaltsmittel für die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums sinnvoll eingesetzt werden“ Der EuRH kommt zu dem Ergebnis, dass dies für den geprüften Programmzeitraum 2007 - 2013 nicht der Fall ist. Die Mitgliedstaaten hätten ihren Schwerpunkt zu stark auf die Verwendung der Haushaltsmittel und zu wenig auf das effiziente Erreichen von Ergebnissen gelegt. Im verbleibenden Ausgabenzeitraum (bis Ende 2015), aber auch für den neuen Programmzeitraum 2014 - 2020 sollten deshalb entsprechende Verbesserungen vorgenommen werden.

Vollständiger Bericht:

http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR13_12/SR13_12_DE.pdf

Pressemitteilung:

http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR13_12/INSR13_12_DE.pdf

GVO: KOMMISSION SCHLÄGT DEM RAT DIE ZULASSUNG DER GV-MAISSORTE 1507 VOR – KEINE AUSSPRACHE ZU GV-ANBAUVERBOTEN AUF DEM UMWELT-RAT IM DEZEMBER

Am 06.11.2013 hat die Kommission dem Rat einen Vorschlag für einen Beschluss zur Zulassung der GV-Maissorte 1507 vorgelegt (s. Beitrag des StMUV in diesem EB) . Die Mitgliedstaaten beabsichtigen, auf dem ersten Agrarrat unter griechischer Präsidentschaft am 27.01.2014 den Vorschlag zu behandeln. Falls die Agrarminister, wie in den Vorjahren üblich, aufgrund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Zulassung erzielen, wird die Kommission – wie gewohnt – selbst die Zulassung von Pioneer 1507 erteilen.



Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des Rates:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0758:FIN:DE:PDF>

GVO: EFSA VERWIRFT ÖSTERREICHISCHE ARGUMENTE ZUR VERLÄNGERUNG DES NATIONALEN VERBOTS DER GV-MAISSORTE MON 863

Am 12.11.2013 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine wissenschaftliche Stellungnahme zu den seitens Österreichs neu vorgebrachten Argumenten für eine Verlängerung des Verbots des Inverkehrbringens der gentechnisch veränderten Maissorte MON 863 veröffentlicht (s. Beitrag des StMUV in diesem EB). Österreich hat gegenüber der Kommission im November 2012 eine Verlängerung des nationalen Verbots auf Basis der Schutzklausel-Regelung (gem. Art. 23 der Freisetzung-Richtlinie 2001/18/EG) notifiziert. Daraufhin hatte die Kommission die EFSA im März 2013 beauftragt, die neu vorgebrachten Informationen, insbesondere hinsichtlich toxikologischer Risiken sowie Gefahren des unerwünschten Gen-Transfers, zu prüfen. In ihrer wissenschaftlichen Stellungnahme kommt die EFSA zu dem Schluss, dass keine wesentlich neuen Aspekte bzw. Fakten vorgebracht wurden und MON 863 auch weiterhin als sicher und verkehrsfähig zu betrachten sei.

EFSA-Stellungnahme zur GV-Maissorte MON 863:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/3454.pdf>

STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION

EP-PLenumsWoche in Strassburg vom 19. - 21.11.2013

EP-Plenum stimmt über Frauenquote ab

Das Europäische Parlament (EP) hat am 21.11.2013 mit großer Mehrheit (459 Ja-Stimmen, 148 Gegenstimmen und 81 Enthaltungen) eine legislative Entschließung zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Unternehmen und über damit zusammenhängende Maßnahmen angenommen. Die Entschließung, die auf der Grundlage des Berichtsentwurfs der beiden federführenden Ausschüsse, des Rechtsausschusses und des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ergangen ist, unterstützt grundsätzlich den von der Kommission vorgeschlagenen Ansatz für eine europäische Frauenquote. An einigen Stellen geht sie über den Kommissionsvorschlag hinaus.



EP NIMMT KOHÄSIONSPAKET AN

Das EP Plenum hat am 20.11.2013 das Verordnungspaket zur zukünftigen Kohäsionspolitik 2014 - 2020 mit deutlicher Mehrheit angenommen und sich somit für die von Rat und EP über Monate ausgehandelten Kompromisse ausgesprochen (zum Trilogergebnis s. EB 18/13). Die Förderprogramme, die ihre 325 Mrd. € hohe Budgetausstattung (Preise 2011) aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) erhalten, müssen noch formal vom Rat gebilligt werden.

EP BILLIGT FÖRDERPROGRAMM FÜR BILDUNG, JUGEND UND SPORT („Erasmus+")

Das EP billigte in seiner Plenartagung vom 19. - 21.11.2013 in Straßburg mit großer Mehrheit das für sieben Jahre (von 2014 - 2020) ausgelegte EU-Förderprogramm „Erasmus+" (allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport). Mit ihrer Zustimmung zu dem im Trilog zwischen Vertretern der Kommission, des Rates und des Parlaments ausgehandelten Kompromisstext schlossen die Abgeordneten damit seitens des EP das Gesetzgebungsverfahren ab, das Ende 2011 mit Vorlage des Kommissionsvorschlags begonnen hatte. Die Verordnung muss nun noch formal vom Rat gebilligt und nach Unterzeichnung durch den Präsidenten des EP und des Rates im Amtsblatt der Europäischen Union erscheinen, um formal in Kraft treten zu können. Der Programmstart zum 01.01.2014 erscheint damit erreichbar.

EP VERABSCHIEDET PROGRAMM FÜR BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALEN WANDEL

Am 21.11.2013 hat das EP das neue Programm für Beschäftigung und soziale Innovation für die Jahre 2014 - 2020 verabschiedet. Über dieses Programm wurde bereits am 27.06.2013 im Trilogverfahren eine Einigung erzielt, die bereits am 05.09.2013 vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EP bestätigt wurde. Es führt die bestehenden Programme Progress (61 %), EURES (18 %) und ein Mikrofinanzierungsinstrument (21 %) fort.

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR SOZIALEN DIMENSION DER WWU

Ebenfalls am 21.11.2013 hat das EP eine EntschlieÙung zur Kommissionsmitteilung zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) angenommen. Darin begrüÙt es die Mitteilung, die es als ersten Schritt auf dem Weg zu einer sozialen Dimension der WWU erachtet. Grundsätzlich ist es der Ansicht, dass es gezielterer Vorschläge für eine soziale Dimension bei der wirtschaftlichen Steuerung bedürfe. Gleichzeitig erkennt das EP an, dass die Umsetzung der sozialen Dimension dem Subsidiaritätsprinzip unterliegt. Für das von der Kommission vorgeschlagene sog. soziale Scoreboard forderten die Abgeordneten u. a. zusätzliche Indikatoren.

Pressemitteilung zur Frauenquote und legislative EntschlieÙung:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131118IPR25532/html/40-der-Sitze-in-Aufsichtsr%C3%A4ten-f%C3%BCr-Frauen>



Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131118IPR25534/html/Parlament-verabschiedet-neue-Regionalpolitik-325-Mrd.-Euro-an-Investitionen>

Erasmus+ (vom EP angenommene Verordnung):

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/st16/st16222.en13.pdf>

Angenommener Text des EP zum Programm für Beschäftigung und sozialen Wandel:

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20131121%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE)

[%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20131121%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20131121%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/pe00/pe00080.de13.pdf>

Entschließung des EP zur sozialen Dimension der WWU:

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20131121%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE)

[%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20131121%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20131121%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE)

JUGENDMINISTERRAT AM 25.11.2013

Der Jugendministerrat am 25.11.2013 nahm Schlussfolgerungen zur Verbesserung der sozialen Inklusion von jungen Menschen, die weder eine Arbeit haben, noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, sog. NEETs, an. Um diese jungen Menschen, die von der Krise in ganz besonderer Weise betroffen seien, solle sich in einer systematischeren Art und Weise gekümmert werden. Es gehe um einen ganzheitlichen, auf den einzelnen jungen Menschen zugeschnittenen Ansatz. Die Schlussfolgerungen enthalten dafür Empfehlungen für die Bereiche Prävention, schulische, berufliche Bildung sowie non-formales Lernen, den Übergang von der Ausbildung in den Beruf und Beschäftigung. Sie nehmen insofern u. a. auf die Jugendgarantie, die Europäische Ausbildungsallianz und die Weiterentwicklung von EURES Bezug. Besonderes Augenmerk solle dabei auf das Voneinanderlernen, z. B. durch den Austausch bewährter Praktiken, gelegt werden.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/139723.pdf

Ratsschlussfolgerungen:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/st15/st15770.en13.pdf>

KOMMISSIONSMITTEILUNG ZU DEN AUSWIRKUNGEN DER FREIZÜGIGKEIT AUF DIE SYSTEME DER SOZIALEN SICHERHEIT DER MITGLIEDSTAATEN

Die Kommission hat am 25.11.2013 eine Mitteilung zu den Auswirkungen der Freizügigkeit von EU-Bürgern auf die Systeme der sozialen Sicherheit der Mitgliedstaaten vorgelegt. Ergebnis der Kommissionsanalyse sei, dass die Mehrheit der EU-Bürger, die in einen anderen Mitgliedstaat ziehen, dies tun, um dort zu arbeiten. Sie seien tendenziell wirtschaftlich aktiver als Inländer und nähmen Sozialleistungen eher weniger in Anspruch. Der Anteil von ihnen, der Sozialleistungen erhält, sei relativ gering im Vergleich zu den eigenen



Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten und zu Drittstaatenangehörigen. Die Kommission schlägt in der Mitteilung fünf Aktionen vor, um die Mitgliedstaaten zu unterstützen, gegen möglichen Missbrauch vorzugehen und EU-Mittel wirksamer für die soziale Inklusion einzusetzen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1151_de.htm

Kommissionsmitteilung:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=2006&furtherNews=yes>

RICHTLINIENVORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR VERBESSERUNG DER ARBEITNEHMERRECHTE VON SEELEUTEN

Mit einem Richtlinienvorschlag vom 18.11.2013 soll der Geltungsbereich der fünf arbeitsrechtlichen Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG, 2012/14/EG, 98/59/EG und 2001/23/EG auf Seeleute ausgedehnt werden. Die Kommission schlägt insofern vor, die Ausschlussregeln für Seeleute in der Insolvenz- und der Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat abzuschaffen. Vom Anwendungsbereich der Richtlinie über Unterrichtung und Anhörung dürfen Seeleute zukünftig nach dem Willen der Kommission nur ausgenommen werden, wenn die Mitgliedstaaten ihnen ein gleichwertiges Schutzniveau gewährleisten. In den Richtlinien über Massenentlassungen und über den Übergang von Unternehmen hat die Kommission besondere Bestimmungen für Seeleute vorgesehen, die den Besonderheiten des maritimen Sektors Rechnung tragen sollen.

Kommissionsvorschlag:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1941&furtherNews=yes>

EUGH PRÄZISIERT VERFAHREN ZUR ERMITTLUNG DES NACH DER DUBLIN-II-VERORDNUNG FÜR DEN ASYLANTRAG ZUSTÄNDIGEN MITGLIEDSTAATS

Der EuGH hat in einem Urteil vom 14.11.2013 (Rechtssache C 4/11) die Anwendung der Regeln der sog. Dublin II-Verordnung (Verordnung Nr. 343/2003 vom 18. 02.2003 zur Festlegung von Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaates, der für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist, den ein Staatsangehöriger eines Drittlandes in einem Mitgliedstaat gestellt hat) präzisiert. Zum Einen verweisen die Richter auf ihre bisherige Rechtsprechung, wonach ein Mitgliedstaat einen Asylbewerber nicht an den nach der Dublin-II-Verordnung für die Prüfung des Asylantrags zuständigen Mitgliedstaat überstellen darf, wenn dort die Gefahr von Verletzungen der Grundrechte des Antragstellers besteht. Zum Anderen wird in dem Urteil darauf hingewiesen, dass in diesem Fall der Aufenthaltsmitgliedstaat verpflichtet ist, einen anderen für diese Prüfung zuständigen Staat zu ermitteln, jedoch grundsätzlich nicht verpflichtet ist, den Asylantrag selbst zu prüfen (s. dazu Beitrag des StMIBV in diesem EB).



Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=9ea7d2dc30db314b6a2f8951465e9562a1c26ced652c.e34KaxiLc3qMb40Rch0SaxuMahv0?text=&docid=144489&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=749080>

INTERNATIONALER TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN RUFT KOMMISSION AUF DEN PLAN GEGEN WEIBLICHE GENITALVERSTÜMMELUNG

Aus einem Strategiepapier, das die Kommission am 25.11.2013 anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen vorgelegt hat, geht hervor, dass sie sich verstärkt gegen weibliche Genitalverstümmelung innerhalb Europas, aber auch darüber hinaus einsetzen will. Man geht davon aus, dass in der EU alleine 500.000 Mädchen davon betroffen sind, weltweit mehr als 125 Mio. So schlägt die Kommission zahlreiche Aktionen vor. U. a. will sie zur Verfügung stehende EU-Mittel voll umfänglich nutzen, um v. a. auf die Problematik aufmerksam zu machen und um die Opfer zu unterstützen. Vizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding* sagte, dass die Kommission mit den Mitgliedstaaten, den Vereinten Nationen, Nichtregierungsorganisationen und den betroffenen Gemeinschaften eng zusammenarbeiten werde. Sie sei überzeugt, zusammen dafür sorgen zu können, dass die weibliche Genitalverstümmelung der Vergangenheit angehöre.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1153_de.htm

Kommissionsmitteilung:

http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/gender_based_violence/131125_fgm_communication_en.pdf

DRITTER JAHRESKONGRESS DER EUROPÄISCHEN PLATTFORM GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Im Mittelpunkt des diesjährigen Kongresses der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung am 26./27.11.2013 in Brüssel stand die Umsetzung des von der Kommission im Februar 2013 vorgelegten Sozialinvestitionspakets. Dabei ging es der Kommission v. a. darum, die Sozialschutzsysteme der Mitgliedstaaten effektiver und effizienter zu machen und den Austausch von bewährten Praktiken z. B. durch den Aufbau einer Wissensdatenbank zu verbessern. Außerdem wurden auf dem Kongress Möglichkeiten der Nutzung des ESF und des Programms für Beschäftigung und sozialen Wandel in der neuen Förderperiode ab 2014 aufgezeigt.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1150_de.htm

Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=961&langId=de>



KOMMISSION VERÖFFENTLICHT EUROBAROMETER-UMFRAGE ZU PRAKTIKA IN DER EU

Die am 26.11.2013 veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage zu Praktika in der EU bestätigte u. a. deren weite Verbreitung. 46 % der Befragten hatten schon einmal ein Praktikum absolviert. Dabei bekamen 59 % keine Bezahlung für ihr Praktikum und nur 62 % hatten eine schriftliche Praktikumsvereinbarung. 71 % der Praktikanten hielten ihr Praktikum bei der Suche nach einer Arbeitsstelle für hilfreich. Der Anteil an Auslandspraktika war mit 9 % relativ gering. Im Mai 2013 wurden für die Umfrage 12921 Personen im Alter von 18 bis 35 Jahren in allen damaligen Mitgliedstaaten der EU und dem jetzigen Mitgliedstaat Kroatien über ihre Praktikumserfahrungen befragt. Für Anfang Dezember hat die Kommission den Vorschlag für einen Qualitätsrahmen für Praktika angekündigt.

Pressemitteilung der Kommission:

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11862_de.htm

Bericht:

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_378_en.pdf

AUSGABEN FÜR SOZIALSCHUTZ IM JAHR 2011 IN DER EU BEI 29,1 % DES BIP

Laut Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, gaben die 28 Mitgliedstaaten der EU im Jahr 2011 durchschnittlich 29,1 % des BIP für den Sozialschutz aus. Die Sozialschutzausgaben gingen damit seit 2009 (29,7 %) und 2010 (29,4 %) leicht zurück, was darauf zurückzuführen ist, dass diese Aufwendungen im Vergleich zum BIP langsamer stiegen. In Deutschland beliefen sich die Ausgaben auf 29,4 %.

Pressemitteilung:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-2112013-AP/DE/3-2112013-AP-DE.PDF

Veröffentlichung:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-FP-13-001/EN/KS-FP-13-001-EN.PDF

STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST

ERGEBNISSE DES EU-BILDUNGSMINISTERRATS AM 25.11.2013 IN BRÜSSEL

In ihrer Sitzung am 25.11.2013 verabschiedeten die Bildungsministerinnen und -minister Schlussfolgerungen des Rates zur Führungsqualität im Bildungswesen sowie zur globalen Dimension in der Hochschulbildung. Die Orientierungsaussprache zum Thema „Frei zugängliche Lehr- und Lernmaterialien und digitales Lernen“ bot den Ministern die Gelegenheit, zu einer kürzlich erschienenen Kommissionsmitteilung zum digitalen Lehren und Lernen erstmals Stellung zu nehmen, v. a. auch im Hinblick auf mögliche EU-Maßnahmen in diesem Bereich. In der Debatte wurden Bedeutung und Aktualität des Themas für die Bildung – insbesondere



im Hochschulbereich – unterstrichen; gleichzeitig fand eine differenzierte Bewertung des tatsächlichen Nutzens digitaler Inhalte und Technologien in verschiedenen Bildungskontexten statt, ungelöste Probleme wurden benannt (etwa die Frage der Qualitätskontrolle oder der Urheberrechte), und die Bedeutung des Lernens in sozialen Kontexten wurde verschiedentlich hervorgehoben. Die künftige griechische Ratspräsidentschaft kündigte an, sich u. a. der Themen innovative Ansätze in der Bildung, Qualitätsgarantien auf allen Ebenen des Bildungssystems, Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und der Förderung von Fremdsprachen annehmen zu wollen. Deutschland wurde auf der Ratstagung durch den Parlamentarischen Staatssekretär *Dr. Helge Braun* und die Bundesratsbeauftragte im Ministerrang *Dr. Martina Münch* (Brandenburg) vertreten, die beide in ihren Redebeiträgen das für Deutschland aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht akzeptable Inner-Circle-Format ablehnten.

Zur Führungsqualität im Bildungswesen:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st15/st15587.de13.pdf>

Zur globalen Dimension in der Hochschulbildung:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st15/st15117-re01.de13.pdf>

Debatte zu freien Lehr- und Lernmaterialien und digitalem Lernen:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st15/st15591.de13.pdf>

ERGEBNISSE DES EU-KULTURMINISTERRATS AM 26.11.2013

Beim Rat der europäischen Kultur- und Medienminister am 26.11.2013 bildeten Themen aus dem Bereich Medien den Schwerpunkt der Sitzung. Für die Kulturpolitik relevant war zum einen die ratsseitige Einigung auf die Neufassung der Kulturgüterrückgabe-Richtlinie. Zum anderen unterbreitete Frankreich den Vorschlag einer umfassenden „EU-Kulturstrategie im digitalen Zeitalter“ und nahm sich damit eines Themas an, das die Kulturpolitik auf EU-Ebene in den nächsten Jahren prägen dürfte. Frankreich erfuhr in der sich anschließenden Diskussion breite Unterstützung. Der Rat fand deutscherseits ohne politische Beteiligung statt.

BILDUNGSBEZOGENE ERGEBNISSE DES EU-JUGENDMINISTERRATS AM 25.11.2013

Die Jugendministerinnen und -minister der EU haben bei ihrem Treffen am 25.11.2013 u. a. Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung der sozialen Inklusion junger Menschen angenommen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren (sog. NEETs: „not in education, employment or training“). Bei einem klaren Schwerpunkt auf ganzheitlich ausgerichtete Ansätze im Rahmen der Jugendpolitik und insbesondere der Jugendarbeit verweisen die Schlussfolgerungen auch auf notwendige bildungspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Situation junger Menschen in NEET-Situationen. So werden die Mitgliedstaaten ersucht, ein umfassendes Konzept zur Senkung der Quote der frühen Schulabgänger zu verfolgen, den Zugang zum zweiten Bildungsweg zu erweitern und Regeln für die Validierung der Ergebnisse nichtformalen und informellen Lernens einzuführen.



<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st15/st15770.de13.pdf>

EP BILLIGT FÖRDERPROGRAMME FÜR BILDUNG, JUGEND UND SPORT („ERASMUS+“), FORSCHUNG („HORIZONT 2020“) UND KULTUR („KREATIVES EUROPA“)

Das EP billigte in seiner Plenartagung vom 19. - 21.11.2013 in Straßburg mit großer Mehrheit die für jeweils sieben Jahre (von 2014 - 2020) ausgelegten EU-Förderprogramme „Horizont 2020“ (Forschung), „Erasmus+“ (allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport) und „Kreatives Europa“ (Kultur). Mit ihrer Zustimmung zu den im Trilog zwischen Vertretern der Kommission, des Rates und des EP jeweils ausgehandelten Kompromisstexten schlossen die Abgeordneten damit seitens des EP die drei Gesetzgebungsverfahren ab, die Ende 2011 mit Vorlage der Kommissionsvorschläge begonnen hatten. Die Verordnungen müssen nun noch formal vom Rat gebilligt und nach Unterzeichnung durch den Präsidenten des EP und des Rates im Amtsblatt der EU erscheinen, um in Kraft treten zu können. Der vorgesehene Programmstart zum 01.01.2014 erscheint damit erreichbar.

Horizont 2020 (vom EP angenommene Verordnung zum Rahmenprogramm):

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/pe00/pe00067.en13.pdf>

Erasmus+ (vom EP angenommene Verordnung):

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/st16/st16222.en13.pdf>

Kreatives Europa (vom EP angenommene Verordnung):

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/st16/st16223.en13.pdf>

XAVIER PRATS-MONNÉ WIRD NEUER GENERALDIREKTOR DER GENERALDIREKTION BILDUNG UND KULTUR DER KOMMISSION

Xavier Prats-Monné, seit dem Jahr 2011 stellvertretender Generaldirektor in der Generaldirektion Bildung und Kultur der Kommission, übernimmt zum 01.08.2014 den Posten des Generaldirektors in derselben Generaldirektion. Infolge dieser Entscheidung des Kommissarskollegiums vom 27.11.2013 wird er dem bisherigen Generaldirektor *Jan Trzuszczński* nachfolgen. *Prats-Monné* ist in der Generaldirektion Bildung und Kultur derzeit für die Bildungspolitik im Rahmen der Europa 2020-Strategie, das neue Förderprogramm „Erasmus+“ und die Hochschulbildung, einschließlich internationaler Beziehungen, verantwortlich. Zuvor hat er Stationen u. a. in der Generaldirektion Beschäftigung, in Kommissarskabinetten und als Gründungsmitglied des Ausschusses für Folgenabschätzung der Kommission (Impact Assessment Board) absolviert. *Xavier Prats-Monné* ist Spanier und hat u. a. am Europakolleg in Brügge studiert.

KOMMISSION STARTET BEWERBUNGSPROZESS FÜR GUTACHTERTÄTIGKEITEN IN DER EU-FORSCHUNGSPOLITIK

Im Vorfeld des Starts des neuen Forschungsrahmenprogramms „Horizont 2020“ sucht die Kommission unabhängige Experten zur Auswahl und Bewertung eingereicherter Projektvorschläge sowie zur Beratung der



Kommission bei der Weiterentwicklung ihrer Forschungsförderpolitik. Die Auswahl der Experten vollzieht sich auf der Grundlage von Eigenbewerbungen, nicht etwa über Nominierungen durch entsendende Mitgliedstaaten. Erfolgreiche Bewerber werden von der Kommission in einem Expertenpool zusammengefasst, aus dem dann je nach Thema und spezifischen Erfordernissen der Gutachtertätigkeit entsprechende Spezialisten ausgewählt werden.

Bewerbungsportal der Kommission:

<http://ec.europa.eu/research/participants/portal/page/experts>

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

EP-PLENUM VOM 18. - 21.11.2013 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMU

In der Plenarwoche vom 18. - 21.11.2013 in Straßburg hat das Plenum des Europäischen Parlamentes (EP) u. a. Entschlüsse zur GAP-Reform und zum Programm für Umwelt- und Klimapolitik LIFE verabschiedet.

LIFE-Programm für Umwelt- und Klimapolitik (2014 - 2020):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2012-0294&language=DE>

Angenommene Texte zur GAP-Reform (in Teil 4 und Teil 5):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?>

KOMMISSION SCHLÄGT 10. MAI 2014 ALSEUROPÄISCHEN MÜLLSAMMELTAG VOR

Im Rahmen der Aktionen zur Europäischen Woche der Abfallvermeidung vom 16. - 24.11.2013 hat die Kommission vorgeschlagen, den 10.05.2014 zum Europäischen Müllsammeltag zu machen. Unter dem Motto „Let's clean Up in Europe" sollen Freiwillige in den Mitgliedstaaten aufgerufen werden, in ihrer Nachbarschaft und Umgebung gemeinsam Abfälle zu entfernen. Durch die Aktion soll nicht nur der vielerorts allgegenwärtige „herrenlose" Abfall beseitigt, sondern insbesondere auch ein breite europäische Debatte zur Abfallvermeidung bzw. Abfallwirtschaft angestoßen werden.

Aktion „Let's clean Up in Europe":

www.letscleanupeurope.eu

Europäischen Woche der Abfallvermeidung:

<http://www.ewwr.eu>



GVO: KOMMISSION SCHLÄGT DEM RAT DIE ZULASSUNG DER GV-MAISSORTE 1507 VOR – KEINE AUSSPRACHE ZU GV-ANBAUVERBOTEN AUF DEM UMWELT-RAT IM DEZEMBER

Am 06.11.2013 hat die Kommission dem Rat einen Vorschlag für einen Beschluss zur Zulassung der GV-Maissorte 1507 vorgelegt. Die Mitgliedstaaten beabsichtigen, auf dem ersten Agrarat unter griechischer Präsidentschaft am 27.01.2014 den Vorschlag zu behandeln. Falls die Agrarminister, wie in den Vorjahren üblich, aufgrund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Zulassung erzielen, wird die Kommission – wie gewohnt – selbst die Zulassung von Pioneer 1507 erteilen.

Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des Rates:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0758:FIN:DE:PDF>

GVO: EFSA VERWIRFT ÖSTERREICHISCHE ARGUMENTE ZUR VERLÄNGERUNG DES NATIONALEN VERBOTS DER GV-MAISSORTE MON 863

Am 12.11.2013 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine wissenschaftliche Stellungnahme zu den seitens Österreichs neu vorgebrachten Argumenten für eine Verlängerung des Verbots des Inverkehrbringens der gentechnisch veränderten Maissorte MON 863 veröffentlicht. Österreich hat gegenüber der Kommission im November 2012 eine Verlängerung des nationalen Verbots auf Basis der Schutzklausel-Regelung (gem. Art. 23 der Freisetzung-Richtlinie 2001/18/EG) notifiziert. Daraufhin hatte die Kommission die EFSA im März 2013 beauftragt, die neu vorgebrachten Informationen, insbesondere hinsichtlich toxikologischer Risiken sowie Gefahren des unerwünschten Gen-Transfers, zu prüfen. In ihrer wissenschaftlichen Stellungnahme kommt die EFSA zu dem Schluss, dass keine wesentlich neuen Aspekte bzw. Fakten vorgebracht wurden und MON 863 auch weiterhin als sicher und verkehrsfähig zu betrachten sei.

EFSA-Stellungnahme zur GV-Maissorte MON 863:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/3454.pdf>

KOMMISSION SCHLÄGT ÜBERARBEITUNG DER VERORDNUNG FÜR BAGATELLFORDERUNGEN VOR

Am 19.11.2013 hat die Kommission einen neuen Verordnungsvorschlag zur Überarbeitung der derzeit gültigen Verordnung (EG) 861/2007 vom 11.07.2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen in Zivil- und Handelssachen („Small-Claims-Verordnung“) sowie der Verordnung (EG) 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens vorgelegt. Die Kommission verspricht sich durch die Neuerungen insbesondere eine höhere Akzeptanz bei Streitigkeiten zu erreichen, in die kleine und mittlere Unternehmen (KMU) verwickelt sind (s. hierzu auch den Bericht des StMJ in diesem EB).



Verordnungsentwurf:

http://ec.europa.eu/justice/civil/files/com_2013_794_de.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

GESUNDHEITSWESEN

WELTDIABETESTAG: KOMMISSION UNTERSTÜTZT KAMPF GEGEN DIABETES

Der Kommissar für Gesundheit, *Tonio Borg*, unterstützte in seiner Rede im Rahmen des Weltdiabetestags am 14.11.2013 die Ziele der „Entschließung des EP vom 14.03.2012 zu den Maßnahmen zur Bekämpfung der Diabetes-Epidemie in der EU“. Die Kommission plant u. a. im nächsten Jahr gemeinsame Aktionen mit den Mitgliedstaaten zur Prävention chronischer Krankheiten, insbesondere Diabetes.

Rede von *Tonio Borg*:

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/borg/docs/speech_12112013.pdf

Entschließung des EP vom 14.03.2012:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0082+0+DOC+XML+V0//DE>

EINIGUNG ÜBER NEUES GESUNDHEITSPROGRAMM 2014 - 2020 ERZIELT

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) bestätigte am 13.11.2013 den zwischen Gesundheitsausschuss des Parlaments und der Ratspräsidentschaft am 06.11.2013 ausgehandelten Kompromiss zum Programm für die öffentliche Gesundheit für den Zeitraum 2014 - 2020.

Pressemitteilung der Ratspräsidentschaft:

<http://www.eu2013.lt/de/news/pressemitteilungen/ein-neues-programm-der-gemeinschaft-soll-innovation-fordern-und-gesundheitliche-ungleichheit-verringern>

VO-Vorschlag der Kommission über das Gesundheitsprogramm:

http://ec.europa.eu/health/programme/docs/prop_prog2014_de.pdf

EHEALTH: LEITLINIEN ZUM AUSTAUSCH VON PATIENTENDATEN

Am 19.11.2013 haben alle Mitgliedstaaten die vom europäischen eHealth-Netzwerk ausgearbeiteten gemeinsamen Leitlinien zum grenzüberschreitenden Austausch von Patientendaten angenommen. Das Ziel der Leitlinien ist es, die Sicherheit und die Kontinuität in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung zu erhöhen.



eHealth-Leitlinien (Englische Fassung):

http://ec.europa.eu/health/ehealth/docs/guidelines_patient_summary_en.pdf

RL 2011/24 über die Ausübung der Patientenrechte:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:088:0045:0065:DE:PDF>

RUNDFUNKPOLITIK

RAT FÜR AUDIOVISUELLE MEDIEN BESCHLIESST SCHLUSSFOLGERUNGEN ÜBER FREIHEIT UND PLURALITÄT DER MEDIEN IM DIGITALEN ZEITALTER

Am 26.11.2013 hat der Rat für audiovisuelle Medien Schlussfolgerungen zur Freiheit und Pluralität der Medien im digitalen Umfeld ohne Aussprache angenommen. Insgesamt handelt es sich um eine politische Willensbekundung des Rates, nicht hingegen um Legislativmaßnahmen, gegen die sich die Minister auf dem informellen Rat am 01.10.2013 in Vilnius entsprechend der Forderung DEUs ausgesprochen hatten (EB 20/13). Außerdem befasste sich der Rat mit dem veränderten Verhalten von Zuschauern im Umfeld der Medienkonvergenz und dem Arbeitsprogramm der griechischen Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2014.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/139725.pdf

EUROPARAT: MEDIENMINISTER FORDERN WIRKSAMEN SCHUTZ DER MEINUNGSFREIHEIT UND DEMOKRATIE IM DIGITALEN ZEITALTER

Am 08.11.2013 haben die Medienminister der 47 Mitgliedstaaten des Europarats bzw. deren Vertreter auf ihrer Konferenz in Belgrad eine politische Erklärung sowie drei Entschlüsse zur Internetfreiheit, zur Erhaltung der wesentlichen Rolle der Medien im digitalen Zeitalter und zur Sicherheit von Journalisten verabschiedet. Im Ergebnis wurden angemessene und wirksame Garantien zum Schutz vor dem Missbrauch der immer größer werdenden Möglichkeiten zur elektronischen Massenüberwachung, die die Demokratie untergraben oder sogar zerstören könnten, gefordert. Lediglich GBR und RUS erhoben Einspruch zum Punkt Internetfreiheit und massenhafte Internetüberwachung. Auf Initiative DEUs in Absprache mit dem französischen Delegationsleiter wurde jedoch das Anliegen GBRs auf Änderung des Resolutionstextes zurückgewiesen. Diesem Votum schlossen sich IRL, UNG, ITA, NLD, BUL, CHE, ISL, TUR und FIN vorbehaltlos an. Des Weiteren forderte FRA mit Verweis auf die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL) eine Umkehr des Herkunftslandsprinzips zum Bestimmungslandsprinzip.

Weitere Informationen über die Konferenz sowie die politische Deklaration und Resolutionen abrufbar unter:

http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/media/belgrade2013/default_EN.asp?http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/media/belgrade2013/default_FR.asp



EP-PLENUM NIMMT PROGRAMM KREATIVES EUROPA AN

Das Plenum des EP hat am 19.11.2013 mit 650 zu 32 Stimmen und 10 Enthaltungen die Verordnung zur Einrichtung des Programms „Kreatives Europa“, mit dem von 2014 bis 2020 Projekte im kulturellen und audiovisuellen Bereich mit einem Budget von über 1,4 Mrd. € (9 % mehr als bisher) gefördert werden, angenommen (EB 19/13). Nach der Verabschiedung durch den Rat in den nächsten Wochen kann das Programm wie geplant am 01.01.2014 in Kraft treten.

Weitere Informationen:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1114_de.pdf

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20131115IPR24721/20131115IPR24721_en.pdf

EP: JURI-AUSSCHUSS STIMMT RICHTLINIE ÜBER KOLLEKTIVE RECHTEWAHRNEHMUNG ZU

Am 26.11.2013 stimmte der federführende JURI-Ausschuss des EP einstimmig dem Anfang November im Trilog erzielten Kompromiss von EP und Rat zur von der Kommission vorgeschlagenen Richtlinie über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- sowie verwandten Schutzrechten zu (EB 19/13). Ziel der Richtlinie ist es u. a. auch, mehr legale Inhalte bereit zu stellen und so der Internetpiraterie entgegenzuwirken. Die Aktualität des Themas zeigt eine am 25.11.2013 vom Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM) veröffentlichte Studie zum geistigen Eigentum. Demzufolge halten es 57 % der EU-Bürger im Alter von 15 bis 24 Jahren für legitim, urheberrechtlich geschützte Inhalte aus dem Internet zu downloaden und nehmen damit in Kauf, den Unternehmen sowie Künstlern zu schaden. Gleichzeitig sehen aber fast alle befragten Personen das geistige Eigentum als grundlegenden Bestandteil der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung ihres Landes. Berichterstatterin MdEP *Marielle Gallo* (EPP/FRA) sieht in dem Beschluss einen enormen Schritt nach vorn, weil so die Kosten reduziert und die Konzessionen von Lizenzen vereinfacht würden. Das EP-Plenum wird voraussichtlich im Februar 2014 über die Richtlinie abstimmen.

Weitere Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+IM-PRESS+20131125IPR26124+0+DOC+PDF+V0//EN&language=DE>

EP: CULT-AUSSCHUSS POSITIONIERT SICH GEGEN ENTWURF ZUR ERRICHTUNG EINES EINHEITLICHEN EUROPÄISCHEN MARKTES FÜR TELEKOMMUNIKATION

In seiner Sitzung am 27.11.2013 sprach sich der CULT-Ausschuss einstimmig gegen den von der Kommissionsvizepräsidentin *Neelie Kroes* (Digitale Agenda) veröffentlichten Gesetzentwurf zur Errichtung eines einheitlichen Europäischen Marktes für Telekommunikation aus (EB 15/13). Der Ausschuss kritisiert vor allem, dass der Entwurf eine Inhaltsdiskriminierung sowie eine Priorisierung des Datenverkehrs zulasse, die dem allgemeinen Verständnis von Netzneutralität zuwiderlaufe. Außerdem sehe er eine Bündelung der Kernkompetenzen der Mitgliedsstaaten im Bereich der Frequenzpolitik auf Unionsebene vor, ohne dabei den



nationalen und regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Für MdEP *Doris Pack* (EVP/DEU), Vorsitzende des CULT-Ausschusses, ist der Verordnungsentwurf ein Kompensationshandel zur Abschaffung der Roaming-Gebühren, der jedoch zu Lasten der Netzneutralität und Frequenzpolitik gehe. Da aber mit einer Zustimmung im federführenden ITRE-Ausschuss gerechnet werden kann, so *Pack* weiter, werde der CULT-Ausschuss alle für ihn relevanten Inhalte genauestens prüfen. Änderungsanträge können bis zum 05.12.2013 eingereicht werden.

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGER SIEHT DIE FREIHEIT DES INTERNETS BEDROHT

Der im September 2013 von der Kommission vorgestellte Entwurf zur Errichtung eines einheitlichen europäischen Marktes für Telekommunikation (EB 15/13) schränkt nach Auffassung des Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB) *Peter Hustinx* die Freiheit des Internets unangemessen ein. Positiv sei zwar die Aufnahme des Grundsatzes der Netzneutralität in den Kommissionsvorschlag, was jedoch wiederum durch das fast unbeschränkte Recht der Internetanbieter, den Datenverkehr nahezu eigenmächtig zu regulieren, ausgehöhlt würde. Dies stehe, so heißt es in der am 15.11.2013 veröffentlichten EDSB-Stellungnahme, eindeutig im Widerspruch zum Datenschutzrecht und der Charta der Grundrechte der EU.

Stellungnahme des EU-Datenschutzbeauftragten:

https://secure.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/EDPS/PressNews/Press/2013/EDPS-2013-10_eComms_DE.pdf

WELTFERNSEHTAG: TV WEITERHIN WICHTIGSTES MEDIUM IN DER DIGITALEN WELT

Anlässlich des Weltfernsehtages am 21.11.2013 präsentierten die Vereinten Nationen in Kooperation mit dem Verband der Europäischen Rundfunkveranstalter (EBU), der Interessenvertretung der privaten, kommerziellen Sendeunternehmen (ACT) sowie dem Verband der Werbezeitenvermarkter für private und öffentliche-rechtliche TV- und Radioveranstalter (EGTA) einen Kurzfilm zur bedeutenden Rolle von Fernsehen als Informations-, Erziehungs- und Unterhaltungsmedium im digitalen Zeitalter. Durchschnittlich verbringt demnach ein Europäer 235 Minuten pro Tag mit Fernsehen – das ist mehr Zeit als jemals zuvor. Kommissarin *Androulla Vassiliou* (Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend) bezeichnet das Fernsehgerät trotz der infolge der digitalen Revolution entstandenen vielfältigsten unterschiedlichen Kommunikationsmöglichkeiten als das von allen noch immer mächtigste Medium. Es ermögliche Menschen unabhängig von Alter, Stand und Herkunft, einfach Informationen, Ansichten und Emotionen zu teilen. Auch bei der Bildung nähme Fernsehen eine entscheidende Schlüsselrolle ein. *Jean-Paul Philippot*, EBU-Präsident, teilte diese Auffassung und ergänzte, dass der Fernseher trotz Social Media und personalisierten Inhalten im Internet die dominierende Plattform für Live-Ereignisse bleiben würde.

Weitere Informationen und das Video abrufbar unter:

<http://www.worldtelevisionday.tv/>